



NIEDERSÄCHSISCHER
STÄDTETAG

6
2025

SCHWERPUNKT

**23. Städte-
versammlung
in Aurich**

Seiten **5-29**

EDV UND E-GOVERNMENT

**NST-N im Gespräch
mit Anke Pörksen,**
Staatssekretärin für
Digitalisierung im
Niedersächsischen
Ministerium für
Inneres, Sport und
Digitalisierung

Seite **30**

UMWELT

Mit Kooperationen
Treibhausgasemis-
sionen besser und
schneller reduzieren

Seite **32**

NST-N

NACHRICHTEN



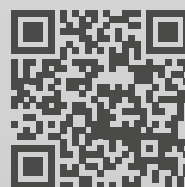
**Stadt
Otterndorf**

SMARTES

NIEDERSACHSEN



KOMMUNAL. KLIMANEUTRAL. INNOVATIV.



www.smart-es-niedersachsen.de



 **Altes Rathaus | Hannover**
Köbelinger Str. 4, 30159 Hannover

 **Dienstag – Mittwoch,**
10. – 11. Februar 2026

Kooperationspartner

Veranstalter



Behörden Spiegel

Inhalt 6/2025

Stadtportrait

Nordseebad Otterndorf – die grüne Stadt am Meer

Editorial

Grußworte zu Weihnachten und zum Jahreswechsel 3

Allgemeine Verwaltung

Wissenstransfer Online-Seminare bis Januar 2026 4

23. Städteversammlung in Aurich

vom 23. bis 24. September 2025

Begrüßung durch den Präsidenten des NST, Oberbürgermeister Jürgen Krogmann, Stadt Oldenburg 5

Grußwort der Präsidentin des Niedersächsischen Landtags, Hanna Naber 7

Verbandspolitische Rede des Präsidenten des NST, Oberbürgermeister Jürgen Krogmann, Stadt Oldenburg 10

Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Olaf Lies 17

Grußwort des Auricher Bürgermeisters, Horst Feddermann 23

Grußwort der Generalkonsulin der Ukraine, Dr. Iryna Tybinka 25

Grußwort des Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, Michael Fürst 27

Schlusswort des Vizepräsidenten des NST, Oberbürgermeister Frank Klingebiel, Stadt Salzgitter 29

EDV und E-Government

NST-N im Gespräch mit Anke Pörksen, Staatssekretärin für Digitalisierung im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung 30

Umwelt

Mit Kooperationen Treibhausgasemissionen besser und schneller reduzieren
Von Uwe Sternbeck 32

Wirtschaft und Verkehr

1. Qualifizierung Koordinatorinnen und Koordinatoren schulisches Mobilitätsmanagement
Neue Fortbildung für sicherere Schulwege
Von Janika Ducks und Mario Jansen 34

Aus dem Verbandsleben

Arbeitskreis der Stadtkämmerer in Emden 35

Bürgermeisterkonferenz in Holzminden 36

267. Sitzung des Präsidiums in Aurich 36

625-Jahr-Feier der Stadt Otterndorf 37

Neu: WhatsApp-Channel des NST
Städtetag stärkt mit WhatsApp-Kanal sein Informationsangebot 37

Oberbürgermeisterkonferenz in Wilhelmshaven 38

268. Sitzung des Präsidiums in Vechta 38

Schrifttum 9, 26, 28, 29

IMPRESSUM

Herausgeber:

Niedersächsischer Städtetag
Warmbüchenkamp 4, 30159 Hannover
Telefon 0511 36894-0, Telefax 0511 36894-30
redaktion@nst.de, www.nst.de

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt:

Schriftleitung: Hauptgeschäftsführer Dr. Jan Arning

Verlag, Gesamtherstellung und Anzeigenverwaltung:

W&S Epic GmbH
Schulze-Delitzsch-Straße 35, 30938 Burgwedel
Telefon 05139 8999-0, info@ws-epic.de
www.ws-epic.de

ISSN 1615-0511

Zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. Januar 2025 gültig.

Die NST-Nachrichten erscheinen zweimonatlich.
Anmeldung für den Info-Newsletter: <https://www.nst.de/>
Aktuelles/NST-Nachrichten/Newsletter-NST-N/

Mit dem Namen des Verfassers veröffentlichte Beiträge stellen nicht immer die Auffassung der Schriftleitung beziehungsweise des Herausgebers dar. Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr.

Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Redaktion. Es ist ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages nicht gestattet, fotografische oder elektronische Dokumente und ähnliches von den Ausgaben, von einzelnen Beiträgen oder von Teilen daraus herzustellen.

Titelfoto:

Otterndorf,
die grüne
Stadt am Meer.

Foto:

©Christoph Partsch

 @nds_staetetag

 @nds_staetetag

 <https://www.facebook.com/ndsstaetetag>

LinkedIn  <https://www.linkedin.com/company/ndsstaetetag>

 @nds_staetetag

 @ndsstaetetag.bsky.social

 @ndsstaetetag

 <https://whatsapp.com/channel/0029VajUw1BLtOjIRNMzCV1B>



Unterwegs auf dem Wasser – die Medem

Grünstrand von Otterndorf mit bunten Strandkabinen



Eine Reise durch Geschichte, Natur und Erholung am Elb- und Nordseestrand

Otterndorf ist die älteste Stadt im Elbe-Weser-Dreieck und liegt direkt am südlichen Ufer der Elbe, an der Stelle, wo die Elbe in die Nordsee mündet. Von den Grünstränden entlang der Elbe haben Sie Blick auf einen der meistbefahrenen Schifffahrtswege der Welt. Die Stadt ist bekannt für ihre attraktive Seenplatte, die von Menschen geschaffen wurde und im Mittelpunkt der Urlaubsangebote steht. Bei gutem Wetter ist das andere Elbufer sichtbar, während man durch die engen Gassen der über 600 Jahre alten Stadt schlendert. Die Siedlung ist sogar noch älter, denn bereits im Jahr 1292 wird in päpstlichen Urkunden ein Pastor in Otterndorf erwähnt. Früher wurde die Stadt auf einem künstlich aufgeschütteten Erdhügel, den sogenannten Marren, gebaut, um sie vor Hochwasser zu schützen. Die Lage an der Medem, einem Nebenfluss der Elbe, machte Otterndorf früh zu einem bedeutenden Umschlagplatz für Getreide, was noch heute durch die Speicher am Medemufer sichtbar ist.

625 Jahre Otterndorf

Im Jahr 1400 erhielt Otterndorf das Stadtrecht, was die Bedeutung der Stadt weiter festigte. Über die Jahrhunderte gehörte das Gebiet zum Herzogtum Sachsen, später kam es unter die Herrschaft des Hauses Hannover und wurde 1866 preussisch. Trotz dieser wechselnden Herrschaften haben die Bürger ihre alten Rechte bewahrt und legen großen Wert auf Bildung. Bereits im Jahr 1445 wurde eine Lateinschule in Otterndorf erwähnt, an der auch der bekannte Gelehrte Johann Heinrich Voß von 1778 bis 1782 als Rektor tätig war. Voß trug mit seinen Übersetzungen der Ilias und Odyssee zum hohen Ruf der Stadt in der literarischen Welt bei. Diese literarische Tradition wird bis heute gepflegt, unter anderem durch die Vergabe eines jährlichen Stadtschreiberstipendiums seit 1985.

Nordseebad seit 1988

Gestern „lugte“ die Silhouette der Queen Mary über die Deichkrone, heute die der Freedom of the Seas. Und morgen? Vielleicht die weißen Segel der Viermastbark Sedow. Die Stadt profitiert von ihrer Lage an der Nordsee, die zahlreiche Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten bietet. Seit 1998 ist Otterndorf offiziell Nordseebad und bietet das ganze Jahr über vielfältige Angebote für Erholung und Spaß. Heilklimatische Seeluft tanken, das Meer schmecken, Wind und Sonne spüren, auch Sturm erleben: Hier sorgt allein schon die Natur für prickelndes Erleben, so dass sich kein Tag wie der andere zeigt.

Facettenreichtum Otterndorfs weckt Entdeckergeist

Besonders beliebt sind die Badespaßangebote wie die Badeseen Achtern Diek, die Sole-Therme und die Saunalandschaft mit Außenbereich. Eine ganz besondere Attraktion ist dabei die Spiel- & Spaß-Scheune mit Satz & Spiel, die besonders bei unbeständiger Witterung ein Eldorado für unsere Kleinen und Kleinsten aber auch für Jugendliche darstellt. Die Seelandhallen Achtern Diek bieten Raum für Veranstaltungen wie Konzerte, Lesungen, Theater und Vorträge. Das moderne Ambiente mit Festsaal, Foyer, Kaminzimmer, Terrasse und Pavillon im Garten macht die Hallen zu einem vielseitigen Veranstaltungsort.

Der historische Altstadt kern mit seinen alten Fachwerkhäusern und verträumten Gassen lädt zum Bummeln ein und vermittelt einen Eindruck von der langen Stadtgeschichte. Die Medem fließt durch die Altstadt und sorgt für eine entspannte Atmosphäre. In den Museen und Sammlungen der Stadt werden kulturelle Aspekte präsentiert. Insgesamt ist Otterndorf ein Ort, der sowohl Ruhe und Natur als auch Kultur und Geschichte vereint – perfekt für einen erholsamen und abwechslungsreichen Aufenthalt.



Der Utröper – als Bronze und in echt

„Bekanntmachung, Bekanntmachung! Lüd komt ran, komt nöger, bi mi kriegt ji dat Neeste to hörn, wat erst in annerthalf Weeken in't Blatt steiht.“

FOTO: © NORDSEEBAD OTTERNDORF



Grußworte zu Weihnachten und zum Jahreswechsel

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2025 neigt sich seinem Ende zu. Welt-, bundes- und landespolitisch war es sehr ereignisreich. Im Januar trat US-Präsident Donald Trump seine zweite Amtszeit an, im Februar gab es Neuwahlen zum Deutschen Bundestag aus denen heraus sich im Mai eine Bundesregierung von CDU/CSU und SPD unter Kanzler Friedrich Merz konstituierte. Und in Niedersachsen wurde, ebenfalls im Mai, Olaf Lies zum Ministerpräsidenten gewählt.

Die weltpolitische Lage war bestimmt vom unverminderten und immer brutaleren Fortgang des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Das Vertrauen in die transatlantische Sicherheitspartnerschaft ist erschüttert. Deutschland debattiert über die Wiedereinführung der Wehrpflicht. Die Zollpolitik der USA setzt die deutsche und europäische Wirtschaft unter massiven Druck. Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schwindet aus verschiedenen, auch hausgemachten Gründen, zusehends. Und die Weltklimaziele werden verfehlt, weil sich maßgebliche Staaten, allen voran China und die USA, längst ihrer Verantwortung entledigt haben. Dies alles macht vielen Menschen Angst.

Nur unsere Gemeinschaft, unser Staat, kann uns am Ende vor diesen globalen Problemen schützen. Und die Angst der Menschen wird nur geringer, wenn sie diese Gemeinschaft, ihren Staat, wieder als handlungsfähig wahrnehmen. Mit der Handlungsfähigkeit unseres Staates steht es zurzeit allerdings nicht zum Besten. Dies zeigt sich nicht nur bei den großen Themen wie Wehrpflicht, Wirtschaft, Rente oder Pflege. Exemplarisch kann man das auch an einem Thema mit großer kommunaler Bedeutung festmachen: dem Bürokratieabbau.

Bürokratie liegt wie Mehltau über unserem Staat und unserer Gesellschaft. In unseren Städten und Gemeinden werden die Bürgerinnen und Bürger am häufigsten unmittelbar mit ihr konfrontiert. Denn die Städte und Gemeinden führen die meisten Bundes- und Landesgesetze aus. Dort laden die Menschen dann auch ihren Unmut über die Bürokratie und die Unfähigkeit ab, an dieser Bürokratie etwas zu ändern. Was tun also Bund und Land für den Bürokratieabbau?

Auf Bundesebene flüchtet man sich beim Thema Bürokratieabbau aktuell in eine Modernisierungsagenda sowie ein Reallabore- und Bundesexperimetiergesetz. Ziel der Operation ist es, Verwaltungsbehörden, also insbesondere Kommunen, auf Antrag zu ermöglichen, (ggf. befristet) von bestimmten gesetzlichen Vorgaben des Bundes abweichen zu können. Das klingt, ehrlich gesagt, weniger nach politischem Mut und Gestaltungswille des Bundesgesetzgebers als nach einer großen Spielwiese für Politik- und Rechtswissenschaft, Verbände, Thinktanks und NGOs.

Auch in Niedersachsen stand diese Herangehensweise, in Anlehnung an entsprechende Vorhaben in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, auf der politischen Agenda. Den kommunalen Spitzenverbänden ist es aber gelungen, dies zu verhindern. In Niedersachsen möchte das Land also nicht nur Abweichungsmöglichkeiten für die Kommunen schaffen, sondern den Rechtsrahmen wirklich ändern und damit nachhaltiger entbürokratisieren.

In der Praxis tut sich das Land derzeit allerdings eher schwer. Ja, es gibt mittlerweile ein Kommunalfördergesetz, nach dem künftig alle kommunalrelevanten Förderungen erfolgen sollen. Die Ministerien zeigen sich aber bisher im Wesentlichen nicht bereit, das bisherige Instrument der Förderrichtlinie aufzugeben und das neue Instrument einer budgetierten und bürokratieärmeren Förderung zu nutzen. Auch die ersten Signale aus der Landesregierung zu den Themen Vergaberecht und Denkmalschutz sind eher ernüchternd. An die „bewährten“ Standards und damit an die Bürokratie möchte man in den zuständigen Fachressorts jedenfalls nicht so richtig ran. Trotz der eingangs beschriebenen Problemlage verkämpfen wir uns in Deutschland gerade mal wieder im „Klein-klein“.

Wir bleiben aber optimistisch und setzen auf das Jahr 2026; nicht nur beim Bürokratieabbau. Denn in einigen Bereichen, wie der Förderung kommunaler Investitionen oder der Beteiligung des Landes an den Personalkosten in unseren Kindertagesstätten, haben wir im Jahr 2025 auch viel erreicht. Aus Verbandssicht war 2025 ein erfolgreiches Jahr.

Doch jetzt stehen erst einmal das Weihnachtsfest und der Jahreswechsel vor der Tür. Wir wünschen Ihnen, Ihren Familien, Ihren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden friedliche Weihnachten und ein frohes, gesundes und erfolgreiches neues Jahr.



Jürgen Krogmann
Präsident



Frank Klingebiel
Vizepräsident



Dr. Jan Arning
Hauptgeschäftsführer



Online-Seminare bis Januar 2026

Alle Seminare jederzeit aktuell
unter www.wissenstransfer.info

Datum	Thema	Dozenten / Trainer
08.12.25	Die CO2-Kostenaufteilung im Mietverhältnis – die Bedeutung für die Kommune als Mieter oder Vermieter	Frank-Georg Pfeifer
08.12.25	Die „Erweiterte Richtwertmethode“ zur Bewertung von IT-Ausschreibungen	Dieter Olowson
08.12.25	Excel: Daten für das Berichtswesen aufbereiten	Maximilian Wendland
09.12.25	Strategische Haushaltssteuerung – Strategische Investitionspriorisierung	Mesmin Jugna
09.12.25	Strukturierte Vorstellungsgespräche sicher durchführen	Thorsten Helms
09.12.25	Vergaberecht für VerwaltungsquereinsteigerInnen	Claudius Reich
10.12.25	KI im Arbeitsalltag – Tools, Strategien und Automatisierungsideen	Inan Atalay
10.12.25	Städtebauliche Verträge: rechtliche Vorgaben kennen und strafrechtliche Risiken vermeiden	Dr. Maximilian Dombert
11.12.25	Die Kalkulation von Feuerwehrgebühren	Sebastian Hagedorn
11.12.25	Feuerwehren: Was sollten Leitungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren wissen?	Tanja Potulski
12.12.25	Zeit- und Aufgabenmanagement leicht gemacht mit MS Outlook und MS 365	Katharina Hübner
12.12.25	Die Erstellung kommunaler Radverkehrskonzepte	Bernd Mende
15.12.25	Umgang mit aggressiven Kunden	Dagmar D'Alessio
15.12.25	Betriebe gewerblicher Art (BgA's) – Grundlagen der Besteuerung	Claudia Thalmann
19.12.25	Straßenrecht – ein Überblick	Prof. Dr. Mattias G. Fischer
13.01.26	Vergaberecht – Beschaffung sozialer Dienstleistungen	Dr. Fabio Ruske
13.01.26	Texte schreiben – leicht gemacht und leicht verständlich (Vertiefungsseminar)	Roman Rose
13.01.26	Neue Geschäftsfelder für Stadtwerke?	Dr. Dominik Lück
14.01.26	Das kleine 1x1 der Online-Redaktion für Behörden	Jana Höffner
14.01.26	MS Word einfach im Griff – Grundlagen	Maximilian Wendland
15.01.26	Straßenkontrollen im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht	Bernd Mende
15.01.26	Kommunalrecht: Hybride Videokonferenzen nach §§ 64 Abs. 3 bis 9 NKomVG	Stefan Wittkop
16.01.26	Kommunalverwaltung für QuereinsteigerInnen	Karsten Balzer
19.01.26	Die Arbeit im Bürgerbüro 3 – Auskunftssperren und bedingte Sperrvermerke im Meldewesen	Andrea Mesenbrink
20.01.26	Kommunalrecht: Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§§ 32, 33 NKomVG) sowie weitere Beteiligungsmöglichkeiten	Stefan Wittkop
20.01.26	Technisches Inbetriebnahmemanagement für kommunale Gebäude	Denny Karwath
22.01.26	MS Teams clever nutzen – Einstieg und Übersicht	Maximilian Wendland
23.01.26	Die Sondernutzung öffentlicher Straßen	Prof. Dr. Mattias G. Fischer
23.01.26	Vom Arbeitgeber- zum Arbeitnehmermarkt – Wie gewinnt und hält man Personal?	Christel Ewert



23. Städteversammlung in Aurich vom 23. bis 24. September 2025



Begrüßung durch den Präsidenten des NST, Oberbürgermeister **Jürgen Krogmann**, Stadt Oldenburg

Ja, Moin. Herzlich willkommen in Aurich liebe Gäste ... Oh, das klang noch ein bisschen dünn. Das üben wir noch. Liebe Gäste, liebe Delegierte unserer Mitgliedsstädte, Gemeinden, Samtgemeinden, meine Damen und Herren, ich darf Sie im Namen des Niedersächsischen Städtetages alle ganz herzlich begrüßen zum öffentlichen Teil unserer 23. Städteversammlung und ich freue mich, dass wir auch hier in Aurich eine so große Resonanz hatten. Ich sage mal, gefühlt ist das auch nicht weniger als beim letzten Mal in Hannover. Also ich glaube, das war eine gute Entscheidung, hier nach Ostfriesland zu kommen. Nun liegt Aurich zwar im Norden, aber nicht direkt am Meer, aber bis zur Küste sind es ja auch

nur 20 Kilometer. Von daher hat – glaube ich – der musikalische Auftakt hier schon sehr gut gepasst. Das sind gewesen Helmut Bengen und Alexander Sziedat. Und ich will ganz kurz was dazu sagen: Helmut Bengen, ist ein musikalisches Urgestein in Ostfriesland. In allen Stilrichtungen präsent, viele kennen ihn auch als Mitglied der Söhne des Nordens und begleitet wird er von Alexander Szeidat, der die Keyboards bedient. Beide spielen eigentlich unabhängig voneinander, haben völlig unterschiedliche Musikstile, aber wenn es dann mal passt, dann spielen sie auch gerne zusammen. Das machen sie heute hier für uns. Herzlichen Dank auch schon mal für diese tolle Einstimmung. Wir hören sie gleich noch mal.

So und jetzt habe ich eine schöne Pflicht, nämlich die, Ehrengäste ganz besonders zu begrüßen, die heute bei uns sind. Ganz vorne natürlich die höchste Repräsentantin des niedersächsischen Landtags, die Landtagspräsidentin Hanna Naber. Liebe Hanna, schön, dass du da bist. Sie wird gleich noch zu uns sprechen, genauso wie die ukrainische Generalkonsulin, Frau Dr. Iryna Tybinka, die heute ebenfalls hier unter uns ist und die uns heute sicherlich in ihrem Grußwort auch noch einige Sätze zur Situation in der Ukraine sagen wird. Schön, dass Sie da sind, Frau Dr. Tybinka, und den weiten Weg auf sich genommen haben. Und dann begrüße ich ganz besonders Herrn Michael Fürst, Präsident des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen. Herr Fürst, auch Sie werden noch ein paar Worte an uns richten gleich. Schön, dass Sie hier sind. Ja und die Landtagspräsidentin wird natürlich flankiert von den Vertreterinnen und Vertretern der Landtagsfraktionen. Hier begrüße ich ganz herzlich den parlamentarischen Geschäftsführer Wiard Siebels. Ich vermute, dass er mit einem anderen Gast, auf den ich noch zu sprechen komme, gleich noch nebenan ist. Wir werden ihn sicherlich noch sehen. Für die CDU-Fraktion begrüße ich die kommunalpolitische Sprecherin, Frau Birgit Butter. Die soll da sein. Herzlich willkommen. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist Eva Viehoff bei uns. Und für die AfD hatte sich Thorsten Paul Morisse angemeldet. Ich freue mich, dass auch zahlreiche weitere Abgeordnete des niedersächsischen Landtags den Weg zu uns gefunden haben und ich freue mich auch, dass unsere Schwesterverbände der kommunalen Spitzenverbände hier auf Landesebene vertreten sind. Hier begrüße ich ganz besonders den Hauptgeschäftsführer des niedersächsischen

Landkreistages Dr. Joachim Schwind. Lieber Joachim, schön, dass du da bist. Und auch der Städte- und Gemeindebund ist vertreten. Für den möchte ich den Samtgemeindebürgermeister der Gemeinde Hage, Herrn Erwin Sell, begrüßen. So, dann erwarten wir eigentlich auch noch den Landrat des Landkreises Aurich Olaf Meinen. Ich habe ihn noch nicht gesehen, möglicherweise ist er auch nebenan auf einem Alternativtermin und stößt gleich noch zu uns. Ja und da bin ich auch schon bei einer kleinen Programmänderung – Sie werden es bemerkt haben –, einen Namen werden Sie noch vermisst haben. Wir erwarten natürlich unseren Ministerpräsidenten Olaf Lies, der ebenfalls zu uns sprechen wird. Und er wird auch gleich kommen. Aber, wie Sie vielleicht wahrgenommen haben, gibt es heute unmittelbar in der Nachbarschaft eine lokale Demonstration. Ich will da nicht zu viel drüber erzählen, es geht letztlich um die Diskussion um ein Tempolimit – es hat vor einiger Zeit einen schweren tödlichen Unfall gegeben. Es gibt eine Bürgerinitiative, die sich dort stark macht und die haben den Ministerpräsidenten eingeladen. Letztlich standen wir vor der Entscheidung, entweder, er diskutiert dort mit ihnen oder die diskutieren es hier mit uns. Wir haben uns im Sinne unserer Veranstaltung dafür entschlossen, dem zuzustimmen, dass er erst dorthin hingeht. Das heißt, er kommt hier etwas später, wird aber dann noch zu uns sprechen. Ich glaube, da müssen wir auch an der Stelle Verständnis haben. Das betrifft übrigens auch unseren Gastgeber, unseren Bürgermeisterkollegen hier vor Ort Horst Feddermann, auch er ist gerade noch drüben. Auch er wird noch zu uns kommen und wird auch dann zu uns sprechen.

Gut, ich möchte noch abschließend begrüßen die Damen und Herren Vorsitzenden und Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Verbände, der ganzen kommunalen Familie, die Damen und Herren Leiterinnen und Leiter von Landesbehörden und Landeseinrichtungen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den niedersächsischen Ministerien, die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft. Die Damen und Herren Vorsitzenden und Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer der Verbände, Organisationen, mit denen wir im ständigen Austausch sind als

NST. Ganz besonders die Damen und Herren Vertreterinnen und Vertreter der ausstellenden Firmen, die uns hier natürlich auch unterstützen bei der Durchführung der Veranstaltung. Und nicht zu vergessen die Damen und Herren der Presse und natürlich Sie, die Delegierten unserer Mitgliedsstädte, die Menschen, die hier den Niedersächsischen Städtetag ausmachen. Herzlich willkommen an Sie alle.

So eine Städteversammlung ist schön, aber macht auch ganz schön viel Arbeit, sie will gut organisiert sein. Und deshalb möchte ich die Chance nutzen, schon jetzt unserem Geschäftsstellenteam im NST herzlich zu danken. Ich möchte zwei Namen stellvertretend nennen, Janina Wesemann und Ulrich Mahner. Sie haben unsere Städteversammlung organisatorisch und inhaltlich vorbereitet. Ich kann wirklich sagen – wir sind ja schon seit Montag hier, einige zumindest – es ist wirklich perfekt organisiert gewesen, wunderbar,

herzlichen Dank dafür. Ja und dann noch mal der Dank an Sie, liebe Gäste, dass Sie uns beehren hier mit Ihrer Anwesenheit, dass Sie Interesse zeigen an den Themen, die uns bewegen, dass Sie uns zuhören wollen, dass Sie sich die Zeit genommen haben, und den Weg nach Aurich gefunden haben.

Wir werden jetzt gleich zunächst das Grußwort unserer Landtagspräsidentin hören. Anschließend werden wir die Musiker uns noch mal unterhalten, und werden so lange spielen, bis der Ministerpräsident kommt. Ich weiß – wer den Ministerpräsidenten kennt, wenn er im Bürgerdialog ist, der weiß, das kann dauern, aber wir sind optimistisch – er ist hier auch nicht alleine da. Aber wenn er dann da ist, dann werde ich zunächst, wie das hier üblich ist, als Präsident die verbandspolitische Rede halten und der Ministerpräsident wird – so hoffe ich dann – auch erwidern, vielleicht sogar einiges aufnehmen und schon gleich beantworten. Aber auf jeden Fall mit uns im Dialog stehen. Und dann wird er uns wahrscheinlich schon wieder verlassen müssen. Und wir werden dann – ich hoffe, mit großem Interesse und großem Applaus auch von Ihrer Seite – unseren örtlichen Bürgermeister Horst Feddermann hören. Es ist wirklich herausfordernd – alle, die in der Kommunalpolitik sind, wissen, du hast so eine Veranstaltung und gleichzeitig hast du nebenan eine schwierige Demonstration. Das alles zu managen, das ist Bürgermeisterleben live – so ist das eben – und ich glaube, wir haben da großes Verständnis, dass er dann später zu uns spricht und werden ihm auch entsprechend unser Ohr schenken.

Ja, meine Damen und Herren, das zum Einstieg, zur Begrüßung. Und jetzt freue ich mich mit Ihnen gemeinsam auf das Grußwort unserer Landtagspräsidentin. Liebe Hanna, du hast das Wort.



Grußwort der Präsidentin des Niedersächsischen Landtags, **Hanna Naber**

Sehr geehrter Herr Präsident Krogmann,
mein Oberbürgermeister, lieber Jürgen,
sehr geehrter Herr Vizepräsident Klingebiel, lieber Frank,
sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer Dr. Arning,
sehr geehrte Frau Geschäftsführerin Dr. Henricks,
liebe Kirsten,
sehr geehrte liebe Frau Generalkonsulin Dr. Tybinka,
sehr geehrter Herr Fürst, lieber Michael,
ich sage jetzt mal, sehr geehrte Herren Olaf – Olaf Scholz
kommt nicht –, aber wir erwarten ja noch Olaf Meinen
und Olaf Lies,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Feddermann,
gleich hier anwesend,
sehr geehrte Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen des niedersächsischen Landtages,
meine Damen und Herren aus Landesregierung, Verwaltung, Kirchen, Wirtschaft, Gesellschaft und Polizei.
Sehr geehrte Damen und Herren, liebe kommunale Familie.

Ich freue mich sehr, dass mich mein Terminkalender und mein Navi heute von Oldenburg kommend einmal nicht in Richtung Südosten – sorry, Thorsten Kornblum –, sondern zu uns in den Nordwesten Niedersachsens geschickt haben. Vielen Dank für die Einladung und dafür, dass ich die Ehre habe, Sie alle im Namen des gesamten niedersächsischen Landtages hier in der Sparkassen-Arena herzlich begrüßen zu dürfen.

Als Oldenburgerin bin ich ganz besonders gern zu Ihnen gekommen. Aurich liegt zwar nicht direkt nebenan, aber wir teilen trotz unterschiedlicher Historie eine gewisse nordwestniedersächsische Grundhaltung. Klar im Ton, zuverlässig in der Sache und wetterfest in jeder Lage. Und politisch – das darf man ruhig so sagen – gibt seit Mai dieses Jahres Nordwesten den Ton an – im Landtag und auch in der Staatskanzlei.

Man könnte es auch so formulieren: Oldenburger Nahbarkeit mit Grafschafter Wurzeln und friesische Entschlossenheit. Eine bessere Mischung kann es für Niedersachsen kaum geben.

Und doch gibt es einen feinen Unterschied, wenn wir auf die politische Machtverteilung im Land schauen.

Während der Ministerpräsident Haushalt, Polizei, Lehrkräfte und die Ministerialbürokratie an seiner Seite hat, ist mein größtes Machtmittel das Wort. Das ist weniger Ironie, sondern vielmehr Verfassungswirklichkeit. Mein Auftrag ist es, den Landtag zu leiten, Debatten zu sortieren, die Geschäftsordnung zu wahren. Und unsere Demokratie im besten Sinne sichtbar und verstehbar zu machen.

Viele von Ihnen könnten nun denken, die hat gut reden. Und das verstehe ich. Denn nicht ich als Landtagspräsidentin, sondern Sie sind es, die im Alltag mit knappen Kassen, überlastetem Personal und großen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zurechtkommen müssen.

Und ich stehe hier und falle womöglich in den Verdacht, Teil des Problems zu sein. Bin ich es doch, die Gesetze unterschreibt, die in ihren Augen das Leben der Kommunen nicht immer leichter machen. Doch ich sehe meine

Rolle anders. Ich bin heute vor allem nach Aurich gekommen, um Ihre Arbeit zu würdigen. Denn Sie sind es, die die Demokratie Tag für Tag vor Ort erfahrbar machen.

Doch gleichzeitig wissen wir alle: Unsere Demokratie steht unter Druck, von außen durch internationale Krisen, Kriege und Desinformation. Und von innen durch Extremismus, zunehmende Polarisierung und einen schleichenden Vertrauensverlust in die Institutionen unseres Gemeinwesens. Und unsere Kommunen arbeiten in dieser Lage bisweilen am Limit. Die Aufgaben werden mehr, die Erwartungen, ob immer berechtigt, steigen, doch die Mittel, das Personal und oft auch die Zeit, werden knapper. Wenn wir hier nicht entschlossen gegensteuern, droht vielerorts eine strukturelle Überforderung. Mit Folgen für das Vertrauen in unseren Staat. Drei Zahlen unterstreichen das:



- Der Demokratierapport 2025 zeigt: Zum ersten Mal seit über 20 Jahren gibt es weltweit mehr Autokratien als Demokratien. 91 zu 88. Nur noch zwölf Prozent der Weltbevölkerung lebt in einer liberalen Demokratie.
- Darunter wir. In Niedersachsen sind laut einer repräsentativen Umfrage des Landeskriminalamtes nur noch 55 Prozent mit der Funktionsweise unserer Demokratie zufrieden.
- Und laut einer FORSA-Umfrage vom September trauen nur noch 23 Prozent dem Staat zu, seine Aufgaben wirklich zu erfüllen. 73 Prozent halten ihn für überfordert.

Ergo, ohne eine funktionierende Verwaltung gibt es keine Demokratie. Ohne funktionierende Verwaltung kein gesellschaftlicher Zusammenhalt, keine Verlässlichkeit, keine Zukunftsfähigkeit. Auch deshalb lautet mein aktuelles Jahresmotto „Und nun, Demokratie, wie halten wir zusammen?“

Diese Frage führt uns direkt zu Ihnen, zu den Städten und Gemeinden. Denn nirgendwo sonst entscheidet sich so konkret, ob Demokratie im Alltag trägt, ob sie funktioniert, ob sie Vertrauen schafft.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat es im letzten Jahr auf den Punkt gebracht.

Ich zitiere: „Demokratie beginnt in den Kommunen.“

Damals wie heute. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Barbarei begann der demokratische Wiederaufbau unseres Landes in den Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Hier lernten die Deutschen nach den Jahren der Diktatur, wieder Eigenverantwortung zu übernehmen, ihre Meinung frei zu äußern und Kompromisse zwischen widerstreitenden Interessen zu finden.

Das gilt auch heute. Demokratie wächst nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Die politische Kultur unseres Landes steht und fällt mit dem, was in den Städten und Gemeinden geschieht, mit dem Miteinander, dem Aushandeln, dem gegenseitigen Respekt.

Und genau das habe ich in der letzten Woche auf meiner diesjährigen Sommerreise gespürt. In vier Tagen war ich an 19 Orten kreuz

und quer durch Niedersachsen unterwegs und habe viele Gespräche geführt und Projekte erlebt, die Mut machen.

- In Bispingen entwickelt eine Grundschule mit örtlichen Partnern einen Kinderrechtepfad, Demokratie wird sichtbar, begreifbar und von den Jüngsten her gedacht.
- In einem kleinen Dorf bei Sehnde haben Frauen – natürlich Frauen – einen Dorfladen gegründet. Aus Eigeninitiative wurde ein Ort, mehr als ein Laden, von dem alle profitieren und in dem die Männer jetzt angefangen haben, ihr eigenes Dorfbier zu brauen.
- In einer Kita bzw. vielmehr einem Familienzentrum in Gronau habe ich ein Kinderparlament erleben dürfen. Dort diskutieren und entscheiden Kinder über ihre eigenen Belange, getragen von der klaren Botschaft der Kita-Leitung „wir bilden gemeinsam die Zukunft unserer Demokratie“. Ein Beispiel dafür, wie Demokratiebildung ganz früh und ganz praktisch beginnen kann.
- In Verden, Eschede und Walkenried bin ich Initiativen begegnet, die sich entschlossen gegen Rechtsextremismus stellen. Bürgerinnen und Bürger, die trotz Widerständen und Bedrohungen mit Herz und Verstand Haltung zeigen.

Ich habe so viele großartige Menschen, Initiativen und Orte kennengelernt, dass ich manchmal dachte, am liebsten würde ich sie alle einpacken und mit in den Landtag nehmen, damit dort noch besser verstanden wird, wie lebendig, kreativ und tragfähig unsere Demokratie vor Ort sein kann.

Denn sind es nicht oft die negativen Schlagzeilen, die unser politisches Denken im Alltag prägen, die Krisen, die Konflikte, das, was laut und schrill, mitunter Hass und Hetze ist?! Dabei passiert so viel Gutes, gerade an der sogenannten Basis.



23. Städteversammlung in Aurich

vom 23. bis 24. September 2025

Wir müssen wieder lernen, genauer zu schauen auf das, was gelingt. Menschen, die Verantwortung übernehmen, Initiativen, die Zusammenhalt stärken. Zuversicht entsteht nicht aus Verdrängung, sondern aus dem ehrlichen Blick auf das Ganze und dem Mut, das Gute nicht kleinzureden.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit diesem Blick schaue ich auch auf das kommende Jahr.

Im September 2026 steht in Niedersachsen wieder eine Kommunalwahl an, ein echter Lackmustest für unsere Demokratie vor Ort.



Ich weiß, viele von Ihnen fragen sich, ob sie noch einmal antreten sollen, ob sie die Belastung tragen können, ob es sich lohnt. Diese Zweifel verstehe ich gut. Wer schwere Verantwortung trägt, Angriffe aushalten muss und trotzdem nicht immer gesehen wird, darf auch hadern.

Aber er oder sie sollte am Ende nicht schweigen.

Denn wir dürfen das Feld nicht denen überlassen, die laut sind, aber nicht lösungsorientiert. Die hetzen, aber nicht gestalten, die spalten, aber keinen Plan haben, wie es besser geht.

Unsere Demokratie braucht Menschen wie Sie, mit Haltung, mit Erfahrung, mit einem klaren Blick fürs Machbare. Und noch etwas: Wir brauchen nicht nur Sie, wir brauchen auch neue Gesichter, Menschen, die Lust haben, mitzugestalten, junge Erwachsene, die ihren Ort verändern wollen, Frauen, die ihre Perspektive einbringen – Grüße gehen raus nach Oldenburg, 80 Prozent Frauen in der Delegation, habe ich gehört.

Engagierte aus Kirche, Nachbarschaft, Sportverein, Elternbeirat, Feuerwehr. Kommunale Mandate sind kein Selbstzweck, sie sind das Rückgrat unserer Demokratie.

Sie sind, wenn man so möchte, die erste und wichtigste Verteidigungslinie, wenn es darum geht, Vertrauen in sie zu erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren, unsere Demokratie ist verletzlich, sie lebt davon, dass wir uns für sie einsetzen, im Gespräch, im Aushalten von Widersprüchen, im Finden von Kompromissen.

Aber Demokratie ist auch stark, denn nur sie bietet uns die Strukturen, um Krisen zu bewältigen, um Vielfalt zu integrieren, um gemeinsam Lösungen für Zukunftsfragen zu entwickeln. Genauso, wie Sie es gestern und heute hier als Städtetag tun.

Und da bin ich ganz beim Bundespräsidenten Steinmeier: Demokratie beginnt in den Kommunen. Auch dafür möchte ich Ihnen danken. Ihnen, die Sie haupt- oder ehrenamtlich Verantwortung vor Ort tragen. Sie sind das Gesicht der Demokratie in Niedersachsen.

Darum möchte ich Sie persönlich und in meiner Funktion als Landtagspräsidentin herzlich bitten, lassen Sie uns gemeinsam mit Ausrufezeichen zeigen: Und nun, Demokratie, wir halten zusammen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



SCHRIFTTUM

Die umsatzsteuerliche Behandlung der Kommunen

Kirchhoff

Kohlhammer

2025. XXIII, 614 Seiten, kartoniert, 49,90 Euro

ISBN 978-3-555-02470-7

Die umsatzsteuerliche Behandlung der Kommunen befindet sich im Umbruch. Mit der Einführung des § 2b UStG, der auf Umsätze ab dem 1.1.2017 angewendet werden kann und ab dem 1.1.2027 zwingend anzuwenden ist, findet ein grundlegender Paradigmenwechsel statt. Grund hierfür ist eine stärkere Orientierung an den Vorgaben der Mehrwertsteuersystemrichtlinie.

Der Band widmet sich einleitend den primärrechtlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen der Umsatzbesteuerung der Kommunen. Es wird der Frage nachgegangen, welchen Sinn und Zweck die Behandlung der Kommunen als Steuersubjekt und die Ausnahme von der persönlichen Steuerpflicht haben. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die Fragen, unter welchen Voraussetzungen die Kommunen als Unternehmer steuerbare Leistungen erbringen und unter welchen Voraussetzungen die Kommunen gem. § 2b UStG nicht als Unternehmer gelten. Darüber hinaus wird auf die Folgen für den Anspruch auf Vorsteuerabzug eingegangen. Abschließend wird unter Auswertung der in der Untersuchung ausgeloteten Spielräume ein Ausblick auf die Handlungsspielräume der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene sowie die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen gegeben.

**Fotos zur Städteversammlung (48):
Thorsten Wachten Fotografie**

Verbandspolitische Rede des Präsidenten des NST, Oberbürgermeister **Jürgen Krogmann**, Stadt Oldenburg

So, herzlichen Dank noch mal an die Musik. Und die Pause, die dann doch ein bisschen kürzer ausgefallen ist, weil er schon da ist. Ich darf ihn ganz herzlich begrüßen, unseren Ministerpräsidenten Olaf Lies, herzlich willkommen! Und – bei der Gelegenheit, ich glaube, der Auri-cher Block, der ist jetzt auch da, die waren auch da vor Ort. Also Wiard Siebels ist jetzt anwesend, wie ich schon verkündet habe, der Landrat Olaf Meinen ist da und Horst Feddermann müsste auch schon wieder im Saal sein. Da hinten ist er, genau. Dich werden wir gleich auch noch hören. Herzlich willkommen!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Olaf, wir alle freuen uns natürlich, dass du jetzt auch zu uns nach Aurich gekommen bist, wobei für dich war die Reise mental nicht so weit, weil du wohnst ja nicht ganz so weit von hier. Aber wir sehen das schon als besondere Wertschätzung gegenüber dem Niedersächsischen Städtetag, den zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Ebene unserer Mitgliedskommunen. Wir wissen ja, du warst selbst auch lange Jahre kommunalpolitisch aktiv und wir wünschen uns natürlich, dass du dir dein stets offenes Ohr für die Sorgen und Nöte vor Ort auch im neuen Amt bewahrst. Aber als ehemaliger Kommunalpolitiker weißt du auch, in der kommunalen Familie geht es, wie in den meisten Familien, am Ende meistens um das liebe Geld. So ist es auch bei uns. Und deshalb kann ich es euch, kann ich es Ihnen nicht ersparen, zu Beginn meiner Rede auf die kommunalen Finanzen zu sprechen zu kommen. Und das hat einen ebenso einfachen wie dramatischen Grund: Die Finanzlage der Kommunen in Niedersachsen ist desaströs. Und besonders besorgniserregend ist die Geschwindigkeit, in der sich die Lage verschlechtert. Ich kann Ihnen einige Zahlen nicht ersparen, ich will es kurzhalten, aber man muss sich das schon vor Augen führen. Das Finanzierungssaldo der niedersächsischen Kommunen hat im vergangenen Jahr 2024 minus vier Milliarden Euro, betragen. Der Finanzierungssaldo des Landes dagegen betrug rund plus 1,5 Milliarden Euro. Land und Kommunen liegen also in Niedersachsen rund fünfeinhalb Milliarden Euro auseinander – das ist ungefähr die gesamte Zuweisungsmasse, die wir im kommunalen Finanzausgleich überhaupt haben. Besonders alarmierend ist die Kreditfinanzierungsquote, also der mit Kreditaufnahme finanzierte Anteil der Ausgaben. Und der hat sich in den niedersächsischen Kommunen in den letzten drei Jahren mehr als verdoppelt und ist im Jahr 2024 auf 4,8 Prozent gestiegen. Kurz gesagt: Innerhalb kürzester Zeit baut sich in vielen Stadtsäckeln auch vor dem Hintergrund jetzt gestiegener Zinsen ein Schuldenberg auf, der eine gestaltende Kommunalpolitik auf Dauer unmöglich machen wird. Vielen von uns hier droht die ewige Haushaltssicherung und das ist nicht das, was mit kommunaler Selbstverwaltung gemeint ist.

Ganz anders der Landeshaushalt. Die Kreditfinanzierungsquote ist hier negativ, also das meint positiv, und liegt im gleichen Jahr bei minus 4,7 Prozent. Grund dafür sind umfangreiche Tilgungsleistungen zur Einhaltung der Schuldenbremse. Nimmt man beide Erkenntnisse zusammen, kommt man um eine Einsicht nicht herum: Die Finanzlage bei den Kommunen und beim Land entwickelt sich derzeit völlig gegensätzlich. Und das zeigt auch ein Blick auf die absoluten Schuldenstände. Die Gesamtverschuldung des Landes geht seit 2021 stetig zurück, die Gesamtverschuldung der Kommunen steigt ebenso stetig und seit geraumer Zeit auch sehr stark, nämlich über zehn Prozent pro Jahr. Das hat natürlich Folgen. Und es bleibt auch der drastische Anstieg der Liquiditäts- oder Kassenkredite nicht aus, denn irgendwie müssen die Löhne und Zuschüsse und alles, was sonst zu leisten ist, ja gezahlt werden. Diese Kassenkredite belaufen sich Stand 30.6.2025 auf fast drei Milliarden Euro. Mit diesem Betrag haben die niedersächsischen Kommunen quasi ihr laufendes Konto überzogen. Auch das hat sich in den letzten eineinhalb Jahren verdoppelt. Und wenn man das jetzt mal sieht – und einige sind ja schon ein bisschen länger dabei –, das





historische Allzeithoch im Jahr 2011 mit seinerzeit über fünf Milliarden Euro, das ist gar nicht mehr so weit weg. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das führt uns, zu ein paar einfachen Fragen: Wollen wir wirklich die Erfolge der damals solidarisch von Land und Kommunen finanzierten Entschuldungshilfen in den Jahren 2010 – 2016 zunichtemachen? Wollen wir warten, bis sich, wie in Nordrhein-Westfalen schon geschehen, gigantische Altschuldenberge auftürmen, die niemand je wird tilgen können? Ist angesichts dieser Lage nicht eine Erhöhung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich längst überfällig? Muss nicht endlich mehr Geld in den Topf? Wir meinen, ja! Die Verteilungssymmetrie zwischen Land und Kommunen stimmt schon lange nicht mehr, es brauchte also deutlich mehr Geld in diesem Topf. Und wir werden hier auch keine Ruhe geben und nicht nachlassen. Das müssen wir leider, weil die Zahlen es vorher gezeigt haben: es gibt keine Alternative für diese Position bei uns. Aber meine Damen und Herren, der Ministerpräsident hat mich eben gefragt, ob ich ihn denn auch an zwei, drei Stellen loben werde. Wir wollen fair sein. Auf der anderen Seite – es ist ja ein bisschen schizophren die Situation. Es kommt ja auch sehr viel Geld in die Kommunen. Und Bund und Land bringen mit ihren aktuellen Haushalten durchaus einiges in Richtung Kommunen auf den Weg, wobei es da insbesondere um Investitionen geht. Aber natürlich wollen wir auch hier die Erhöhung der Finanzhilfe für Kitas um 250 Millionen Euro pro Jahr würdigen – das ist natürlich eine Erleichterung, das wollen wir nicht verschweigen. Und natürlich auch das KIP-3-Programm über 600 Millionen Euro für kommunale Investitionen und die 4,7 Milliarden Euro – das klingt jetzt sehr viel, aber es verteilt sich auf zwölf Jahre – aus dem Sondervermögen Klimaschutz und Infrastruktur des Bundes, die verteilt über einen langen Zeitraum kommen sollen, aber das sind wichtige Investitionen in unsere kommunale Infrastruktur. Die könnten wir ohne diese Hilfe überhaupt nicht leisten. Und natürlich wird das und soll das auch für wirtschaftliches Wachstum sorgen, denn eins ist – glaube ich – bei allen Haushalten Land, Bund und Kommunen klar, ohne Wachstum kommen wir auch nicht weiter. Also Wachstum ist wichtig an der Stelle und das sehen wir auch. Aber es kommt natürlich da auch

EWEnetz

Wir machen die Energienetze zukunftsfit.

Die Energieversorgung ist im Umbruch. Hierfür investieren wir in eine moderne zukunftssichere Infrastruktur.

ewe-netz.de



Partner
für die
Energiewende

23. Städteversammlung in Aurich

vom 23. bis 24. September 2025



sehr viel Geld auf uns zu. Und ich habe gesagt, 600 Millionen aus dem KIP-3. Hier geht es ja um den kommunalen Investitionspakt und Olaf, da bin ich dir natürlich sehr dankbar, den haben wir mit Stephan Weil ausgehandelt. Aber du hast den ganz fair als Nachfolger auch auf deinen Bierdeckel übernommen. Und das Geld ist ja teilweise an der Stelle auch schon unterwegs. Noch schwerwiegender ist natürlich der Impuls, der durch die Bundesmittel ausgelöst werden kann. Und die Diskussion führen wir ja im Moment noch, wie die verteilt werden können. Letztlich ist es die Frage, wie bringen wir diese Mittel, wie bringen wir diese auch gewaltige Summe auf die Straße. Wie schaffen wir es zugleich, dass die Mittel auch sinnvoll verteilt werden? Und da haben wir es ja früher in vergleichbaren Fällen so gemacht, man hat dann gerne bei solchen Programmen das Geld dann zwischen den Gemeinden und den Landkreisen aufgeteilt und dann hat man das nach Einwohnern irgendwie zugeteilt. Und das war dann das einfachste Verfahren, das haben dann alle gemacht. Wir finden, das sollte diesmal anders sein. Da muss ich jetzt Joachim Schwind angucken vom Landkreistag, da müsst ihr ganz stark sein. Aber der Landesrechnungshof hat sich in den letzten Jahren mit den Investitionsrückständen in den niedersächsischen Kommunen beschäftigt und dabei ist ein sehr differenziertes Bild herausgekommen. Da müsste jetzt eine Präsentation an der Leinwand sein. Und da sehen Sie, dass der Investitionsrückstand in den Kommunen durchschnittlich im Moment bei 2600 Euro je Einwohner liegt. In der Gemeindeebene liegt er aber zwischen rund 3000 und 8600 Euro je Einwohner und bei der Kreisebene nur bei 1100 Euro je Einwohner.

Dieses krasse Missverhältnis sollten wir angesichts dieses großen Investitionsprogrammes berücksichtigen. Der größte Druck ist nun mal hier bei den Städten und Gemeinden. Und hier muss auch der kräftigste Impuls kommen. Und das sage ich auch im Interesse der vielen ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker hier im Saal. Von denen wird gerade im kommenden Jahr erwartet, dass sie Antworten liefern, wie die Probleme vor Ort denn gelöst werden sollen. Und das muss man im Auge haben, auch wenn man kommunale Demokratie haben – Hanna hat darüber gesprochen – vor Ort stärken will. Sie muss dann auch was zu gestalten haben.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, noch ist ja nichts festgezurr, auch zwischen Bund und Land ist noch nicht ganz klar, wie die Mittel verteilt werden. Aber wir finden eben wirklich, Städte und Gemeinden sollten einen größeren Schluck bekommen aus der Pulle, weil hier die Not am größten ist. Das ist auch eine Chance, die so schnell nicht wiederkommt – das muss man auch ganz klar sagen.

Und dann haben wir noch eine weitere Bitte: Wir stellen uns vor, dass dieses Geld – ähnlich wie das KIP-3-Geld – über das niedersächsische Kommunalfördergesetz zur Verfügung gestellt wird und dass wir es dort auch kumulieren können. Weil wenn man das nämlich tut, wenn Kommunen die Chancen haben, die Mittel zu kumulieren, dann kommen da dann auch doch schon mal ansehnliche Beträge dabei raus und dann ist das vielleicht vor Ort doch mal ein Schwimmbad, was saniert werden kann, eine Theatersanierung oder eine halbe IGS – so eine Gelegenheit kommt, wenn ich jetzt gerade an die Finanzlage denke, die ich Ihnen eben geschildert habe, vielleicht so schnell auch nicht wieder, wir sollten sie nutzen.

Ja, lieber Olaf, und dann hatte ich hier noch Änderung kommunaler Finanzausgleich, das war ein großer Teil in meiner Rede, aber wir haben euch letzte Woche noch einen Brief geschrieben, Frank und ich, und gestern habt ihr ja das gleich beschlossen. Jetzt ist das Thema abgeräumt – da bin ich natürlich sehr dankbar dafür. Es ging ja letztlich darum, ob im kommunalen Finanzausgleich die horizontale Verteilung geändert wird im Sinne des Gutachtens des LSN – dazu habt ihr euch jetzt entschieden, das finden wir auch richtig. Alles andere hätte Probleme geschaffen, wo wir bislang noch gar keine haben. Und gut, dass ihr den Knoten da durchschlagen habt und vielen Dank, dass ihr das pünktlich zu unserer Städteversammlung gemacht habt. Das gibt uns ein großes Gefühl von Wirksamkeit. Danke!



23. Städteversammlung in Aurich

vom 23. bis 24. September 2025

So, das waren jetzt sehr viele Zahlen und ich habe auch gemerkt, so, die Stimmung im Saal wird da so ein bisschen ruhiger, je länger man diese Beträge vorträgt. Deshalb wollen wir zur Bildungspolitik kommen.

Zunächst mal möchte ich an einer Stelle ganz klar sagen, die Landesregierung hat jetzt die kostenlose Bereitstellung von Tablets ab Klasse 7 angekündigt. Wir finden, das ist grundsätzlich eine richtige Maßnahme, wir finden, das unterstützt Bildung und Teilhabe und auch die Digitalisierung an unseren Schulen. Deshalb begrüßen wir das ausdrücklich, aber es kommt natürlich auf die Umsetzung an. Denn ich sage es mal ganz ehrlich, Olaf, viele Kolleginnen und Kollegen, als sie das in Deiner Regierungserklärung gehört haben, haben erst mal geschluckt, weil sie gedacht haben, jetzt haben wir die Ganztagsschule oder den Ganztagsanspruch, und dann sollen wir zeitgleich jetzt auch noch dieses Thema bewältigen. Wie soll das gehen? Und ich glaube – und damit haben wir auch schon begonnen – es kann nur miteinander im Dialog gehen. Ich erinnere mich, Anfang des Monats in Wilhelmshaven auf der Oberbürgermeisterkonferenz, wo wir da schon eingestiegen sind, da hast du – glaube ich – schon relativ viel Input mitbekommen, aber auch umgesetzt. Und wir sind in einem engen Austausch auch auf der Fachebene und hoffen natürlich, dass wir dort eine gute Lösung hinbekommen. Wo ist das Problem aus unserer Sicht? Also wir haben natürlich Kommunen, die haben schon Lösungen. So. Und wir wollen natürlich nicht, dass das Land jetzt quasi mit der Dampfwalze über das, was an Lösungen schon in einigen Kommunen da ist, rüberfährt, sondern wir wollen, dass das gut aufeinander abgestimmt wird, so dass dort, wo schon etwas da ist, dass ihr unterstützt, dass das weitergehen kann. Und dann ist es 2029/30 hoffentlich so weit, dass es dann komplett vom Land übernommen wird. Und was uns ganz besonders wichtig ist: Wir wollen, dass das im niedersächsischen Schulgesetz geregelt wird. Wir wollen hier keine Wohltat, die mal gemacht wird und nach drei Jahren ist es wieder vergessen und wir bleiben darauf sitzen. Wir haben schlechte Erfahrungen gemacht in der Corona-Pandemie, wir haben uns für Dinge bereiterklärt, wo wir dann keine Nachhaltigkeit haben – das wollen wir hier nicht. Und ganz ehrlich, die Digitalisierung der Schulklassen, die Ausstattung mit Tablets, das ist ja nun nicht ein einmaliger Sondereffekt, sondern es wird eine Daueraufgabe werden. Das holt – sage ich mal – das niedersächsische Schulgesetz auch ein bisschen aus der Kreidezeit heraus. Da muss was passieren und deshalb wirklich die Bitte, egal, was wir besprechen, lass uns das im Schulgesetz auch absichern, das ist unsere deutliche Forderung.

Ein zweiter Punkt ist auch noch wichtig, den darf ich auch nicht vergessen: Wir müssen natürlich auch ein bisschen darauf achten, so was schafft immer Erwartungen und wir haben im nächsten Jahr natürlich ohnehin – ich sage mal – in vielen Kommunen, in allen eigentlich, eine aufgeheizte Situation, man wird erwarten, wo sind denn die Tablets, wann kommen die denn? Also wir müssen wirklich eine gemeinsame Kommunikationsstrategie haben, wie das funktioniert. Und nur dann werden wir da bestehen können. Wenn wir da gegeneinander ausgespielt werden und wenn unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Schuldezernentinnen und Schuldezernenten vor Ort dann die Buhmänner sind, das finden wir nicht so gut, würde der Sache nicht helfen und wäre auch nicht fair an der Stelle. Deshalb, an der Stelle müssen wir uns auch gut abstimmen, wie wir da kommunizieren – das wäre ein zweiter Wunsch von uns.

Ja, meine Damen und Herren, wir haben eine Auricher Erklärung verfasst – die liegt auf dem Tisch. Und du, Olaf, hast die schon gelesen natürlich. Gut vorbereitet. Und da kommen natürlich noch ein paar andere Punkte vor.

Und ich glaube, es ist wichtig, dass wir das hier auch in der verbandspolitischen Rede ansprechen. Das sind die Themen Bürokratieabbau. Wir werden noch über Sicherheit sprechen und auch das Thema Transformation. Transformation unserer Industrie, aber auch Transformation der Betriebe, mit denen wir als Kommunen zu tun haben, eine große weitere große Herausforderung. Ich möchte aber zunächst mal zum Thema Bürokratie kommen. Für uns ist das Thema Bürokratieabbau keine technische oder administrative Frage in erster Linie. Für uns geht es hier immer um Vertrauen. Für uns geht es um Vertrauen in die kommunale Ebene, Vertrauen darin, dass auch bei uns rechtlich und fachlich gut ausgebildete Menschen arbeiten. Die muss man nicht bis ins Kleinste gängeln und





überprüfen, die machen das schon ordentlich. Und insofern muss Vertrauen wirklich der erste Punkt sein, wir müssen weg von dieser Misstrauenskultur der staatlichen Stellen untereinander. Und wenn wir das nicht tun, und wenn wir das nicht schaffen, die Diskussion von diesem Punkt des Vertrauens her zu führen, dann werden die einzelnen Maßnahmen nichts bringen an der Stelle. Das betrifft natürlich eine Vielzahl von Themen, die Gewährung von Fördermitteln, die Vergabe von Aufträgen. Das betrifft den Denkmalschutz, zu starre Standards in den Kitas und viele Bereiche mehr. Wir haben uns in Deutschland und sicherlich auch in Niedersachsen in ein Korsett von Regeln, von Auflagen, von Bestimmungen reingezwängt, das droht uns zu erdrücken. Und da müssen wir raus, wir müssen weniger Bürokratie wagen. Im Zusammenhang zum Beispiel mit den beiden Investitionsprogrammen, von denen ich gesprochen habe, wird vor allen Dingen

das Vergaberecht eine große Rolle spielen. Und ich sage das mal ganz deutlich: Mit dem geltenden Vergaberecht werden wir das viele Geld nicht rechtzeitig und nicht mit der nötigen Kraft auf die Straße bekommen. Das wird so sein. Und deshalb haben wir euch als Landesregierung ja eine lange Liste, wir haben uns dazu auch mit NLT und NSGB zusammen in der Landespressekonferenz geäußert, wir haben eine lange Liste von Vorschlägen zur Entbürokratisierung gemacht und haben eigentlich bislang im Wesentlichen eine Eingangsbestätigung bekommen. Also hier müssen wir wirklich konkret werden. Da wünschen wir uns wirklich, dass die Gespräche darüber beginnen. Wir haben zum Teil sehr weitreichende Vorschläge gemacht, sogar bis zur Auflösung von Landesämtern. Das mag man jetzt sehen, wie man will, aber wir wollten auch die Diskussion wirklich mal mutig beginnen und nicht so, wie sie immer geführt wird. Wir können zum Beispiel nicht verstehen, um auf das Vergaberecht noch mal zu kommen, warum Kommunen in Baden-Württemberg oder in Bayern Direktvergaben tätigen dürfen bis 100 000 Euro, während Kommunen in Niedersachsen nur bis 20 000 Euro direkt vergeben dürfen. Sind die niedersächsischen Kommunen so viel weniger fähig? Ich glaube nicht. Da gibt es sogar noch den kleinen Funfact, dass die Schulleitungen bis zu 100 000 Euro vergeben dürfen, aber die Kommunen eben nur 20 000. Also das versteht kein Mensch. Und da müssen wir dringend ran. Deshalb unsere klare Forderung: Entweder die Wertgrenzen wie in anderen Bundesländern deutlich rauf oder ganz mutig, wie in NRW, eine Ausnahme für die Kommunen vom Landesvergaberecht. Dann können sich die Kommunen vor Ort selber entscheiden, ob sie das noch strenger regeln wollen oder nicht.

Ja, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Olaf, du hast dich ja auch im Rundblick vor kurzem deutlich zum Bürokratieabbau zu Kitas geäußert. Auch in diesem Bereich gibt es bei uns seit vielen Jahren schon den Wunsch nach mehr Eigenverantwortung und auch hier würden wir uns wünschen, dass wir da schnell konkret werden und dass wir da schnell ernst machen an der Stelle. Und dann gibt es noch das Thema Denkmalschutz – das ist mir diese Woche erst so richtig klargeworden, weil es von einigen Kollegen auch angesprochen wurde. Die Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Denkmalpflege – damit haben wir uns intensiv auseinandergesetzt und wir möchten, dass die Städte und Gemeinden über die Durchführung einer Prospektion zur Erkundung und Erfassung archäologischer Städten selbst entscheiden können. Das klingt jetzt ein bisschen technisch, aber ich glaube, das ist konkret dann sehr viel wichtiger für Projekte, als man sich das vorstellt. Und wir wollen auch darüber diskutieren, ob nicht auch



Kommunen Kostenobergrenzen bekommen bei der Erhaltungspflicht von Denkmalen, weil sonst werden wir an manchen Stellen sicherlich in große Schwierigkeiten kommen. Also auch an der Stelle gibt es Bedarf.

Und auch das Landessozialamt erleben wir nicht immer als hilfreich, insbesondere beim Thema unbegleitete minderjährige Geflüchtete haben wir viele Entscheidungen seinerzeit nicht verstanden. Das war oft alles andere als flexibel und hat uns in der schwierigen Lage, in der wir in den Jahren 23 und 24 waren, überhaupt nicht geholfen. Und auch hier fordern wir mehr Verantwortung und weniger Einmischung. Wir wissen, dass das gerade im Umgang mit jungen betreungs- und unterstützungsbedürftigen Menschen ein schwieriges Thema ist, aber trotzdem, es muss am Ende auch leistbar sein. Und auch hier an der Stelle wünschen wir uns eben mehr Eigenverantwortung. Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, lieber Olaf, dann haben wir ein Thema angesprochen, was auch in unseren Kommunen, gerade in den Städten immer präsenter und immer wichtiger wird, das ist das Thema Sicherheit. Und ich bin übrigens sehr dankbar, dass heute auch sehr hochrangige Vertreter der Polizei da sind – ich glaube, zwei oder drei Polizeipräsidenten habe ich hier schon gesehen. Das möchte ich auch ausdrücklich noch mal wertschätzen. Hier sind wir an der Stelle auch Partner und ich glaube, dass das ein Thema ist, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen, mehr noch als vorher. Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist wirklich ein Thema geworden. Und wir finden, lebendige Städte müssen sichere Städte sein, weil sonst geht da nämlich keiner mehr hin. Es lässt sich ja nicht leugnen, die Gesellschaft hat sich verändert, verändert sich drastisch. Und das spüren wir auch im öffentlichen Raum. Und ein Stück weit müssen wir das vielleicht auch akzeptieren, aber die Akzeptanz endet dort, wo wir in den Bereich der schweren Ordnungswidrigkeiten oder der Straftaten kommen. In vielen kleinen und mittelgroßen Städten sprießen die kommunalen Ordnungsdienste gerade wie Pilze aus dem Boden. Bestehende Ordnungsdienste werden verstärkt, auch bei uns in Oldenburg. Wir bekommen aber viele Themen und Probleme mit unseren kommunalen Ordnungsdiensten nicht mehr in den Griff. Und dann müsst ihr als Polizei oder mit Polizei und Justiz übernehmen. Und ich muss nicht sagen, dass es die Aufgabe von Polizei und Justiz ist, die innere Sicherheit und die Ahndung von Straftaten zu gewährleisten. Und deshalb haben wir vier Forderungen an das Land zum Thema Sicherheit, zum einen, wir brauchen mehr Polizeipräsenz und gemeinsame Streifen von Polizei und kommunalem Ordnungsdienst, auch in den Mittelstädten und Kleinstädten, nicht nur in den Großstädten. Und das ist eine Forderung, die wir auf jeden Fall vertreten. Wer sich jetzt zum Beispiel das Oldenburger Stadtfest oder demnächst andere Veranstaltungen anschaut. Ich denke hier auch an den Gallimarkt in Leer oder andere, sie werden die gleiche Problematik haben. Man braucht heute wirklich aufwändigste Schutzmaßnahmen, Investitionen in Millionenhöhe, um diese Volksfeste noch gewährleisten zu können. Und dafür, für diese Investition wäre zum Beispiel ein Vorschlag, da auch eine Möglichkeit zu eröffnen, die Städtebauförderung hier anzuwenden und von dort Mittel zu bekommen, weil ich glaube, dass viele Kommunen sich das sonst nicht leisten können, in dieser Größenordnung diese sehr teure Einrichtung zu kaufen und sie werden immer wichtiger sein, damit wir in unseren Kommunen noch gemeinsame Feste, gemeinsame Veranstaltungen, all das, was das Leben in den Städten lebenswert macht, noch gewährleisten können. Also hier die Bitte, öffnet da Möglichkeiten der Finanzierung, damit wir dort Unterstützung haben.

Nicht unbedingt ein Thema der Innenstädte, aber doch in vielen Städten eine große Herausforderung ist der Umgang mit Problemimmobilien. Auch da haben wir in Wilhelmshaven bei der OB-Konferenz, Olaf, diskutiert. Wir brauchen mehr Handlungsspielraum als Kommune, zum Beispiel durch eine Verschärfung des Wohnraumschutzgesetzes. Weil wir wissen auch solche – ja – Schrottimmobilien, die auf dubiose Art und Weise vermietet werden, in denen keinerlei Ordnung und ja Regeln mehr beachtet werden, führen sehr schnell in Quartieren in Städten zu großen Problemen und da müssen wir handeln können, weil die Menschen das von uns erwarten und nicht immer wieder hören wollen, dass wir keine Handhabe haben. Und, wie gesagt, das Wohnraumschutzgesetz, aber auch Lockerungen im Datenschutz und die Möglichkeit, auch zum Beispiel für große Anlagen einen Sicherheitsdienst vorzuschreiben oder auch über die Mieter einzugreifen, Druck auszuüben, all das wären Möglichkeiten. Und hier müssen wir in den Dialog, weil das vielen Kommunen auf den Nägeln brennt. Und Viertens, wir haben auch Handlungsbedarf – auch darüber diskutieren wir schon länger – im Umgang mit psychisch auffälligen Mehrfachtätern.



Das ist ein schwieriges Thema – das wissen wir. Natürlich muss man auch an die Menschen denken, es sind ja in der Regel auch Erkrankungen, die da festzustellen sind, aber wir sind der Meinung, wir brauchen in der Novelle des PsychKG, die ja jetzt diskutiert wird, wir brauchen auch da mehr Handlungsmöglichkeiten, wir brauchen die Möglichkeit, Menschen als dauergefährlich einzustufen und dann auch gegebenenfalls – ja – aus dem Verkehr zu ziehen, um es mal so drastisch zu sagen, um eben Schlimmeres zu vermeiden. Ich weiß, ein schwieriges Thema zwischen dem Patientenwohl auf der einen Seite und öffentlicher Sicherheit auf der anderen – das ist immer abzuwägen. Aber im Moment wird es sehr stark einseitig abgewogen und das macht eben an vielen Stellen sehr viele Probleme. Da gibt es einen Dialog – also ich will nicht so tun, als wenn wir nicht miteinander reden. Auch in dieser Woche gibt es jetzt noch einen Termin auf Staatssekretärsebene und wir hoffen, dass man uns da ein Stück weit auch entgegenkommt.

Ja und dann findet sich in der Auricher Erklärung auch das Stichwort Transformation. Das ist ja ein sehr weit gefasster Begriff erst mal. Es geht natürlich einmal darum, dass wir Industriestandort in Niedersachsen sind und dass die aktuellen Turbulenzen auch im Zusammenhang mit der Energiepolitik, mit Energiepreisen usw., dass die nicht dazu führen dürfen, dass wir auch in Niedersachsen keine Industrie mehr haben am Ende. Das geht aber eben auch um die Maßnahmen, die wir zur Transformation in den Kommunen anwenden müssen, ob das die kommunale Wärmeplanung ist, oder ob das die Umstellung unserer Verkehrsbetriebe ist. Nur noch mal zur Erinnerung: 2030 – das sind keine fünf Jahre mehr, das sind viereinhalb Jahre – dürfen keine neuen Dieselbusse mehr zugelassen werden. So und das ist ein relativ kurzer Zeitraum. Und wer sich damit mal ein bisschen intensiver beschäftigt – ich muss das leider auch tun – der weiß, dass das zum Teil erhebliche Investitionskosten braucht, wenn man zum Beispiel einen neuen Betriebshof braucht. Einige sind schon dabei zu bauen. Ich befürchte, dass so mancher Euro aus dem Bundesprogramm in diesen Betriebshöfen landet. Also das ist ein großes Thema. Und da geht es einerseits um Geld, aber andererseits – und das muss ich dir nicht erzählen, Olaf, das weißt du viel besser – geht es bei diesem Thema Transformation um Planungssicherheit und nicht um das ständige Infragestellen. Früher sprach man mal von der Altmaier-Delle – ich weiß nicht, wie die jetzige Delle, wenn sie denn eine wird, genannt werden wird. Aber wir brauchen keinen Roll-Back in der Energiepolitik, wir brauchen Planungssicherheit. Wir sind auf dem Weg, klimaneutrale Kommunen zu gestalten. Wir wollen das, aber wir müssen das auch bezahlen und wir müssen das auch leisten können. Und dazu müssen wir wissen, was kommt denn eigentlich wirklich auf uns zu. Und da bitte ich wirklich um Unterstützung und Begleitung an der Stelle.

Ja und damit will ich so langsam zum Ende kommen, weil, wir wollen natürlich auch noch den Ministerpräsidenten hören wollen. Ich möchte aber trotzdem noch mal darauf hinweisen: in einem Jahr, am 13. September 2026, sind Kommunalwahlen in Niedersachsen und für die Demokratie in unserem Bundesland werden sie aus – wie wir finden – drei Gründen richtungsweisend sein. Zum Ersten natürlich wegen der aktuellen politischen Stimmung – wir wissen nicht so richtig, was dabei rauskommt, welche Räte wir anschließend wiederfinden, wer in den Rathäusern regiert. Und wir haben natürlich auch die Kommunalwahl in NRW gesehen und die macht uns schon nachdenklich an der einen oder anderen Stelle. Man könnte von einem Warnsignal sprechen. Zum Zweiten

natürlich – das wird euch beschäftigen, die ihr in der Landespolitik seid – ein Jahr später ist die Landtagswahl. Und da ist die Kommunalwahl am 13. September natürlich schon einmal ein wichtiger Stimmungstest. Zum Dritten aber – das ist eine besondere Entwicklung – da bin ich auch nicht ganz unbeteiligt, weil es mich auch betrifft – es werden so viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte gleichzeitig zur Wahl stehen, wie noch nie in unserem Bundesland. Und die Synchronisierung der HVB-Wahl – ich will das jetzt nicht noch mal diskutieren, ich glaube, ich habe da damals selbst im Landtag meine Hand gehoben, so ehrlich muss man sein. Aber im Nachhinein, im Nachhinein zeigt sich doch, dass das ein sehr waghalsiges Manöver war, weil wir gerade in diesen politisch unruhigen Zeiten jetzt einen sehr, sehr großen Umbruch kriegten. Das deutet sich ja auch schon an, wenn man die Ankündigungen vieler



Kolleginnen und Kollegen sieht, die jetzt nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir gehen – man könnte so sagen – wir gehen da wirklich „all in“ diesmal und das ist schon etwas, was einen nachdenklich macht. Und vor diesem Hintergrund finde ich, ist es extrem wichtig, dass wir als Landesebene und Kommunen gut zusammenarbeiten bei den Finanzen, bei den Investitionen, beim Abbau von Bürokratie, bei der Sicherheit und bei der Transformation. Lasst uns das unaufgeregt konstruktiv und nachhaltig tun. Lasst uns gemeinsam zeigen, dass wir es besser können als die populistischen Schaumschläger. Kommunalpolitik braucht Dialog und kompetente Lösungen und nicht Hass und Hetze. In diesem Sinne lasst uns unsere Städte und Gemeinden und unser schönes Niedersachsen weiter voranbringen. Herzlichen Dank!

Rede des Niedersächsischen Ministerpräsidenten **Olaf Lies**

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Jürgen,
sehr geehrter Herr Vizepräsident, lieber Frank,
lieber Jan,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung. Vielen Dank auch an meinen Vorredner für seine klaren Worte. Denn eines ist sicher: Niemand außerhalb dieses Saales, außerhalb der Parlamente, interessiert sich für Zuständigkeitsdebatten. Die Menschen interessiert nur die Antwort der Politik: „Wir sind verantwortlich – und wir lösen das.“

Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir im fairen Miteinander handeln. Schuldzuweisungen bringen uns nicht weiter.

Wir müssen Lösungen finden – gemeinsam, auch mit Joachim Schwind als Vertreter des Landkreistages und Erwin Sell für den Städte- und Gemeindebund. Das funktioniert nur mit den kommunalen Spitzenverbänden. Natürlich sind wir nicht immer einer Meinung. Natürlich gibt es Herausforderungen und Diskussionen. Aber der größte Fehler wäre, nicht konsequent nach gemeinsamen Lösungen zu suchen. Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit. Sie ist nicht selbstverständlich, aber sie hilft uns, zu vernünftigen Lösungen zu kommen.

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Hanna, liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages: Am Ende müsst ihr entscheiden – das ist völlig klar. Umso besser ist es, dass so viele Landtagskolleginnen und -kollegen kommunal verwurzelt sind. Ich zitiere an der Stelle ausnahmsweise Sigmar Gabriel, der das zu Recht gesagt hat: Wer auf Landes- oder Bundesebene Verantwortung übernimmt, braucht ein kommunales Fundament. Denn mit Entscheidungen in Berlin oder Hannover treffen wir ganz wesentlich Entscheidungen über die Grundlagen des Lebens der Menschen vor Ort.

Die Lebenswirklichkeit der Menschen entsteht nicht aus dem, was wir in Berlin oder Hannover beschließen. Sie definiert sich aus dem, was vor Ort passiert. Das ist es, was Menschen spüren und täglich erleben. Genau deshalb ist es klug, dass Kolleginnen und Kollegen mit kommunaler Verwurzelung wissen, worüber sie reden – und welche Auswirkungen Entscheidungen im Landtag oder Bundestag haben.

Wir tun das alles in extrem herausfordernden Zeiten. Deshalb ist es ein wichtiges Zeichen, dass heute die ukrainische Generalkonsulin Iryna Tybinka eingeladen ist. Gerade die letzten Tage haben uns unmissverständlich vor Augen geführt: Es geht nicht nur um die Sicherheit der Ukraine. Es geht um die Sicherheit der gesamten europäischen Gemeinschaft und der gesamten NATO.

Was Russland dort betreibt – hybride Kriegsführung, digitale Angriffe, gezielte Verunsicherung – ist der Versuch, unsere Gesellschaften zu destabilisieren. In einer Sache dürfen wir aber nicht zu verunsichern sein: Wir stehen an der Seite des ukrainischen Volkes. Wir stehen zusammen, weil wir wissen, dass auch dort unsere Sicherheit verteidigt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gab es eigentlich schon einmal Zeiten mit so vielen parallel auftretenden Herausforderungen? Wir blicken



täglich auf die Situation im Gazastreifen und nach Israel. Wir erleben eine Situation in den USA, die unberechenbar ist. Die Vorstellung, dass am Rande eines Golfspiels in einem Hotel in Schottland maßgebliche geostrategische und handelspolitische Vereinbarungen geschlossen werden, zeigt, wie schwierig die Lage ist. Auch das Verhältnis zu China bleibt extrem anspruchsvoll. Chinesische Unternehmen dringen mit großem Nachdruck – subventioniert – auf den europäischen Markt. China bleibt für uns ein wichtiger Markt, aber er ist schwieriger zu erreichen.

Und beim Thema Rohstoffe merken wir, wie eine chinesische Politik dafür sorgt, dass wir neue Probleme bekommen. Deshalb stellt sich ganz konkret die Frage: Können wir die Rohstoffversorgung überhaupt verlässlich sicherstellen?

All das wirkt auf die Gesellschaft. Es wirkt auf uns. Und es führt dazu, dass wir das dritte Jahr der wirtschaftlichen Stagnation erleben und extrem schwierige wirtschaftliche Bedingungen haben. Nicht weit von hier, in Emden, am Volkswagen-Standort, haben wir den richtigen Weg gewählt: Transformation, Elektromobilität. Aber eine mit Händen zu greifende Verunsicherung sorgt dafür, dass wir nicht die Auslastung haben, die wir uns vorstellen. Die Folge ist klar: Kolleginnen und Kollegen machen sich Sorgen.

Sorgen führen zu Zweifeln – auch an der Handlungsfähigkeit unseres Staates. Das ist das fatal. Deshalb müssen wir zeigen, dass der Staat funktioniert. Wir müssen für die Stabilisierung der Wirtschaft sorgen. Und wir müssen Verunsicherungen beenden. Wir müssen beispielsweise diesen unsäglichen und unnötigen Streit über das Verbrennerverbot beende – warum reden wir überhaupt darüber? Schluss mit Verunsicherung. Klarheit ist gefragt, damit die Menschen wissen, wo es langgeht.

Ich habe das zuletzt bei der Eröffnung der EMO erlebt, einer Messe mit starkem Fokus auf Maschinenbau und Produktionstechnik. Auch eine schöne Lasershow zu Beginn ändert nichts daran: Die Stimmung ist schlecht. Die Auftragslage ist schlecht. Das macht mir große Sorgen. Wir brauchen wieder Klarheit über das, was die Bundesregierung tut. Die Kolleginnen und Kollegen in Berlin müssen gemeinsam Verantwortung übernehmen. Sie sollen am Kabinetttisch Lösungen finden – und ihre Auseinandersetzungen, wenn möglich, nicht in die Öffentlichkeit tragen. Eine Legislatur lang haben wir das bereits erlebt. Bewährt hat es sich nicht.

Der Bürger will nicht wissen, ob oder wieviel Geld für Infrastruktur da ist. Er will, dass gebaut wird. Das ist die Anforderung an Niedersachsen: Infrastruktur muss gebaut werden.

Die Bundesregierung ist jetzt erst vier Monate im Amt. Trotzdem brauchen wir mehr Klarheit – gerade in der Energiepolitik. Bitte keine Rolle rückwärts. Wir spüren die Folgen sofort. Ich denke an Offshore und an den bekannten „Fadenriss“ – und daran, was das mit der Wirtschaft macht. Das brauchen wir kein zweites Mal. Klarheit und Sicherheit sind entscheidend. Wenn es etwas langsamer geht, kann ich damit leben. Aber ein ständiges Hin und Her macht Planung unmöglich. Niemand wird dann investieren.

Auch die Wahlen in Nordrhein-Westfalen waren geprägt von Sorgen um die Zukunft. Migration spielt dabei immer eine Rolle. Es geht aber auch um Stabilität, um wirtschaftliche Perspektiven und um viele Faktoren, die zusammenkommen. Deshalb müssen wir Deutschland insgesamt wieder auf Kurs bringen.



Ich bin der Bundesregierung dankbar, dass sie die richtigen Schritte einleitet. Und damit komme ich zu einem Punkt, der mir wichtig ist: Wir müssen weg von der Logik, dass der eine eine Lösung hat und der andere das Problem. Der Investitionsbooster ist – wenn er greift, und dafür müssen Unternehmen erst wissen, worin sie investieren – klug und richtig. Dann greifen Zahnräder ineinander. Es ist dabei gemeinsam gelungen, dass der Investitionsbooster nicht dazu führt, dass die Kommunen am Ende noch schlechter dastehen. Es ist gut, dass wir eine Lösung zum Schutz der Kommunen gefunden haben. Das bringt nicht mehr Geld, aber es schützt davor, dass es noch weniger wird. Und das ist in dieser Lage genauso wichtig.

Trotzdem bleibt die Situation der Kommunen dramatisch. Jetzt könnte man anfangen und sagen:



„Schaut mal, wie groß der Anteil ist, den die Kommunen am Landesgeld bekommen.“ Und Jürgen Krogmann würde dann sagen: „Ja, aber der Pro-Kopf-Anteil ist viel geringer.“ Das können wir alles diskutieren. Das müssen wir auch. Aber erstens nicht hier – und zweitens nicht in der Öffentlichkeit. Dass wir darüber reden, ist selbstverständlich: Wie verteilen wir knappe Mittel gerecht, so dass wir auf allen Ebenen arbeits- und leistungsfähig bleiben?

Ich will mit einem Teil beginnen, bei dem wir einen Lösungsweg haben: Investitionen. Wir müssen Investitionen in Schwung bringen. Das ist mit den 600 Millionen gelungen – auch wegen der einfachen Verteilung. Und ich will ausdrücklich sagen: Die Entscheidung der Bundesregierung – ehrlicherweise des Parlaments der letzten Legislatur –, die Rahmenbedingungen dafür zu setzen, dass wir investieren können, ist ein starkes

und richtiges Signal. Menschen sollen merken: Straßen sind wieder heile, Brücken werden gebaut, Gebäude werden saniert. Und ich bin froh, dass wir gemeinsam vereinbart haben, dass das Gros dieser Mittel in die Kommunen fließt und dort einfach eingesetzt werden kann. Ich will nicht mit Kolleginnen und Kollegen vor Ort entscheiden, wie vor Ort das Geld ausgegeben wird. Das wissen Sie am besten. Sie tragen die Verantwortung. Deshalb entscheiden Sie, wo der richtige Platz für dieses Geld ist.

Aber natürlich ist das nur ein Teil. Der zweite Teil sind die Ausgaben, die Sie belasten. Das ist keine einfache politische Debatte. Mit der Verfassungsänderung haben wir die Möglichkeit, 0,35 Prozent Neuverschuldung auch auf Landesebene zu nutzen. Das gab es vorher nicht. Wir haben das genutzt, weil es richtig ist.

Deshalb nutzen wir diese Möglichkeit auch, um Lösungen zu finden, die nicht nur investiv wirken, sondern auch im konsumtiven Bereich entlasten. Wir stellen mit den Entscheidungen, die wir treffen, zunächst bis 2031 sicher, dass wir bei der Kita-Finanzierung einen Schritt nach vorn machen. Das sind die 250 Millionen mit denen wir zumindest die Kostensteigerungen ausgleichen. Ich weiß: Das ist noch nicht die endgültige Lösung. Aber es zeigt, dass das Land in schwierigen Zeiten nicht sagt: Hauptsache wir stehen gut da. Das ist keine Antwort. Wir brauchen eine Antwort, die uns hilft, auf allen Ebenen gut dazustehen. Daran lasst uns weiter gemeinsam arbeiten.

Allen ist bewusst, wie schwierig das auch für die Landeshaushalte in Zukunft wird. Wir wollen zusätzliche Polizistinnen und Polizisten. Wir müssen Schule anders organisieren: nicht nur mit Lehrerinnen und Lehrern, sondern mit multiprofessionellen Teams, die den heutigen Herausforderungen gerecht werden. Auch das Land hat feste Bindungen – genauso wie die Kommunen. Deshalb steht fest: Die Wirtschaft muss wieder wachsen. Natürlich müssen wir fair über Verteilung sprechen. Aber die entscheidende Antwort lautet: Investitionen müssen möglich sein, Wachstum muss zurückkommen, Einnahmen müssen sich wieder verbessern. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Genauso wichtig ist ein weiterer Punkt: Wie machen wir es einfacher und schneller? Wir beschäftigen uns viel zu sehr mit uns selbst. Wer kommunale Erfahrung hat, blickt anders auf Diskussionen – weil er weiß, wie Entscheidungen in Rat und Kreistag entstehen, und wie Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte und die Verwaltungen Verantwortung tragen. Deshalb bin ich dankbar für das, was Sie uns am 28. Mai übersandt haben: nahezu 90 konkrete Vorschläge, die in die Umsetzung gehen könnten. Manche sind radikal, manche sehr pragmatisch und schnell umsetzbar.

Ein kurzer Zwischenstand – weil es im Oktober die nächste Runden dazu geben wird: Bei etwa einem Viertel der Maßnahmen können wir sagen, dass wir sie umsetzen. Bei einem weiteren Viertel müssen wir noch daran arbeiten, wie wir sie umsetzen. Und bei den übrigen brauchen wir ein gemeinsames Verständnis, was genau gemeint ist und wie wir es umsetzen können. Ich glaube, dass wir einen großen Teil eurer Vorschläge nutzen können, um Verfahren schlanker, schneller und damit am Ende auch ein Stück günstiger zu machen. Danke für diese Arbeit.



Damit hängt auch die Frage zusammen: Wie geben wir Mittel eigentlich so aus, dass sie wirken? Die 600 Millionen sind ein Beispiel. Wir brauchen Strukturen, in denen Kommunen sagen können: So machen wir das. Aber Misstrauen ist ein wesentlicher Auslöser unnötiger Bürokratie. Das ist eines unserer Probleme. Ich bin überzeugt: Wir können und müssen großes Vertrauen in die kommunale Ebene haben. Kommunen wissen sehr genau, was sie tun. Sie entscheiden präzise. Und sie stehen jeden Tag in Verantwortung – jeden Morgen aufs Neue.

Ein aktuelles Beispiel: Ich bin heute etwas später gekommen, weil es draußen um „Tempo 30“ ging. Wer soll das entscheiden, wenn nicht die Kommune vor Ort, die genau weiß, wo Kindergarten, Schule und soziale Einrichtungen liegen? Ihr wisst am besten, wo es notwendig ist. Wir haben inzwischen – Gott sei Dank – ein Straßenverkehrsgesetz, das vieles ermöglicht. Leider gibt es eine Straßenverkehrsordnung, die dann wieder vieles verhindert. Daran müssen wir weiter arbeiten. Aber der Kern bleibt: Diese Dinge kann man nicht aus Hannover lösen und nicht aus Berlin. Das muss vor Ort entschieden werden – in Verantwortung, in einer vernünftigen Abwägung von Mobilität und Sicherheit.

Ich will noch einige Punkte ansprechen. Erstens: Finanzierung und Förderverfahren. Das niedersächsische Kommunalförderungsgesetz ist ein wichtiger Weg, um die Bereitstellung von Fördermitteln deutlich zu vereinfachen. Wir verlieren zu viel Zeit in Antrag, Bearbeitung und Abwicklung. Das hilft uns nicht weiter – und es ist am Ende oft Ausdruck von Misstrauen, weil wir alles bis ins Detail kontrollieren wollen. Dieses Gesetz kann Förderverfahren verschlanken und verbessern.

Zweitens: Städtebauförderung. Wir hatten vor fünf Jahren bereits eine Änderung, um Dinge einfacher zu machen. Jetzt braucht es dringend den nächsten Schritt. In der Verbandsbeteiligung gab es keine weiteren inhaltlichen Änderungswünsche. Wir sind also auf einem guten Weg. Wir orientieren uns am Modell aus Nordrhein-Westfalen – weil man auch mal schauen darf, was anderswo gut läuft. Wir müssen nicht alles neu erfinden. Die Förderung ist zinsfrei über zwei Jahre, und die Anspruchsvoraussetzungen sind sogar geringer als im NRW-Modell. Dazu gehört auch, dass wir die Flexibilität der Städtebaufördermittel nutzen. Eine gute Innenstadt ist nur dann eine gute Innenstadt, wenn sie auch eine sichere Innenstadt ist. Deshalb müssen wir Sicherheit als Bestandteil von Investitionen mitdenken und beim Bund dafür werben, dass das förderfähig ist.

Drittens: Wohnraumschutzgesetz. Wir haben es gemeinsam entwickelt. Das ist gut – aber es reicht nicht. Wir sehen leider in vielen Städten Bilder von Häusern, die nicht mehr regulär vermietet werden. Menschen verdienen am Leid der Bewohnerinnen und Bewohner – und zulasten der Kommunen, die die Folgen tragen. Wir brauchen ein Wohnraumschutzgesetz, das nicht nur Mieterinnen und Mieter schützt, sondern auch Kommunen davor schützt, dass solcher Missbrauch vor Ort stattfindet. Das wird Aufgabe des nächsten Gesetzes sein.

Viertens: Umsetzung vor Ort, insbesondere bei Kitas. Das ist ein typisches Beispiel für den „Praktikerweg“. Wie kann es sein, dass die Quadratmeterfläche im Außenbereich pro Kind am Ende das limitierende Instrument für die Zahl

der Gruppen ist? Wie kann es sein, dass zu viele Vorgaben dazu führen, dass Plätze nicht entstehen? Niemand vor Ort will, dass es Kindern schlecht geht. Sie alle tragen Verantwortung. Aber wir müssen Anforderungen an



die Möglichkeiten vor Ort anpassen. Keinem Kind ist geholfen, wenn ein Platz nicht entsteht, weil Regeln ihn unmöglich machen. Allen Kindern ist geholfen, wenn wir ein Angebot haben, das in hoher Qualität – vor Ort verantwortet – umgesetzt wird. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

Das gilt genauso für Jugendhilfe, Betreuung in Kitas und auch für die Ganztagschule. Wir müssen das Machbare vor Ort ermöglichen. Wir haben es geschafft, die Frage zu stellen: Muss in der Ferienzeit bei Ganztagschulen Betreuung in der gleichen Form gewährleistet sein, als wäre Unterricht? Das können wir gar nicht sicherstellen. Es geht nicht nur ums Geld. Es geht auch darum, dass wir die Fachkräfte nicht haben. Ist einem Kind geholfen, wenn Betreuung ausfällt? Oder ist nicht eine gut organisierte Ganztagsstruktur – auch in der Betreuung – der richtige Weg, um Kinder zu stärken, vielleicht auch aus ungünstigen sozialen Strukturen herauszuholen und in tragfähige Strukturen zu bringen? Das ist eine wichtige Aufgabe.

Fünftens: Genehmigungspflichten und Bundesrecht. Bis heute gilt auf Bundesebene die Frage, was ich bei Betriebs-erlaubnisverfahren – zum Beispiel in der Jugendhilfe – ändern kann. Da sind wir beim Bundesrecht. Aber ich würde Kolleginnen und Kollegen im Bund beim Wort nehmen: Wenn wir hier feststellen, dass man etwas nicht braucht, dann wird man auch in Berlin feststellen können, dass man es nicht braucht. Wir zeigen nicht mit dem Finger auf Berlin oder Brüssel. Wir sagen, was wir vor Ort ändern – und gehen die Schritte dann konsequent.

Sechstens: Denkmalschutz. Wir haben ein starkes niedersächsisches Landesdenkmalamt. Aber wir müssen klar trennen: Wo geht es um fachliche Begleitung und Unterstützung – und wo geht es um Zuständigkeit und Entscheidung? Vor Ort gibt es hohe Kompetenz: Räte, öffentliche Gremien, öffentliche Sitzungen, Interessengemeinschaften. Niemand kann vor Ort „durchregieren“. Wir stehen täglich im Dialog und in Auseinandersetzungen mit Interessensvertretungen. Wenn wir gute fachliche Beratung sicherstellen, kommen auch gute fachliche Entscheidungen zustande. Ich danke Falko Mohrs, dass er daran intensiv arbeitet.

Siebtens: Vergaberecht. Wir haben die Diskussion über Wertgrenzen zu einem Zeitpunkt geführt, als wir nicht 14,5 Milliarden Euro in Niedersachsen zur Verfügung hatten. Erst danach gab es eine Verständigung. Mir ist wichtig: Wir wollen, dass Handwerk und Mittelstand von Aufträgen profitieren. Das ist unser gemeinsames Ziel, denn die Unternehmen sind ja vor Ort. Deshalb müssen wir darüber gemeinsam weiterreden. Denn wenn wir 14,5 Milliarden Euro zur Verfügung haben, sie aber nicht ausgeben können, ist der Frust am Ende größer, als wenn sie nie da gewesen seien. Es muss uns gemeinsam gelingen, Investitionen auch wirklich auszulösen.

Achtens: Dokumentationsmoratorium. Wir sind dran, und wir meinen das ernst. Wir nehmen Ihre Vorschläge ernst und setzen uns in Kürze zusammen, um dort weiterzukommen. Trotzdem bleibt die gesamte Finanzsituation dramatisch. Wenn wir in diesen Monaten darüber sprechen, wie sich die Lage entwickelt, müssen wir auch fragen: Was kommt an Belastungen bei den Kommunen tatsächlich an, ausgelöst durch Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen? Deshalb diskutieren wir in Berlin gerade das Thema „Veranlassungskonnexität“. Beim Investitionsbooster haben wir Dinge gelöst. Aber es gibt weitere Themen, auch im sozialen Bereich, die Kommunen treffen und belasten.

Ich will ausdrücklich sagen: Es darf nicht darum gehen, pauschal Sozialleistungen zu kürzen. Das wäre der grundfalsche Ansatz. Die Frage ist: Ist das, was wir tun, effizient? Erreichen wir die Ziele? Sind alle Maßnahmen, die im Bundesteilhabegesetz einmal gut gemeint waren, in der Umsetzung auch gut in der Wirkung? Oder müssen wir uns die Frage stellen: Vielleicht kann man manches anders lösen – vielleicht sogar günstiger, auf jeden Fall aber mit positivem Wert? Wir müssen die Diskussion dahin zurückbringen, dass es nicht um Schneiden und Kürzen geht, sondern darum, ob das, was wir beschlossen haben, in der Praxis wirklich funktioniert.

Und wir müssen dafür sorgen, dass Leistungen bei denen ankommen, die sie brauchen. Gleichzeitig gehört dazu: Menschen, die arbeiten können, müssen wir begeistern, motivieren und befähigen, arbeiten zu gehen. Das ist auch eine Frage der Gerechtigkeit. Es geht nicht nur ums Geld, es geht auch um das Gefühl derjenigen, die jeden Tag hart arbeiten. Im positiven Sinne wollen wir alle, die arbeiten können, in Arbeit bringen. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft. Das dürfen wir nicht vergessen.

All das zeigt, wie viele Themen wir gerade haben. Ich stehe nicht hier, um zu sagen, es gebe kein Problem. Die Probleme sind in Summe – finanziell, politisch, wirtschaftlich – so groß wie seit 20 Jahren nicht. Deshalb



brauchen wir klare Impulse. 2008 standen wir vor einer drohenden Finanzkrise – und wir haben Instrumente gefunden, um wieder nach oben zu kommen. Heute habe ich manchmal das Gefühl, wir glauben jeden Tag: Morgen wird es schon besser. Es wird nicht von allein besser. Wir müssen Maßnahmen ergreifen, damit es besser wird.

Dazu gehört, dass Menschen wieder Sicherheit spüren – auch bei ihren Entscheidungen. Dass jemand wieder sagt: Ich investiere und baue ein Haus. Ich kaufe ein Auto. Ich bin bereit, auch bei Lebensmitteln wieder mehr auszugeben. Diese Sicherheit ist ein Stück verloren gegangen. Unsere Aufgabe ist, sie zurückzugeben. Ohne Konsum gibt es keinen Aufschwung. Ohne Aufschwung gibt es keine steigenden Einnahmen. Deshalb brauchen Menschen und Unternehmen die Sicherheit, dass sie investieren können, weil sie wissen: Das Land ist stabil, und es wird funktionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will auch ein paar Worte zur Sicherheit sagen. Das niedersächsische PsychKG wird gerade reformiert. Denn wir leben in einer Zeit, in der nicht mehr die Summe der Fälle die Debatte bestimmt, sondern in der jeder einzelne Fall reicht, um eine enorme Debatte auszulösen. Deshalb müssen wir handeln. Wir tun das in enger Abstimmung. Ich hoffe, dass wir gemeinsam – Ministerien, Polizei, Kommunen – zu einem PsychKG kommen, das seine Aufgaben erfüllt und der Lage gerecht wird.

Zum Schluss treibt mich um, wie wir als Gesellschaft mit denen umgehen, die ein Mandat oder eine Funktion haben, die Verantwortung tragen. Brauchen wir in der Schule ein Fach „Respekt“? Ich glaube nicht. Respekt muss Teil von Schule sein. Und ich glaube, Eltern müssen ihren Kindern wieder stärker mitgeben, dass Respekt dazu gehört. Wenn Respekt in der Schule verloren geht, darf man sich nicht wundern, wenn er später weiter nachlässt.

Ich war vor kurzem beim DRK. Wenn Rettungskräfte erzählen, was sie draußen erleben – und die Polizei könnte Ähnliches berichten, ebenso Feuerwehr und andere Blaulichtorganisationen –, dann wird klar: Das geht zu weit. Und seien wir ehrlich: Auch Sie können davon berichten. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte erleben öffentliche Anfeindungen und Bedrohungen – digital wie persönlich. Ich erwarte, dass Respekt gegenüber denen zurückkehrt, die Verantwortung in unserem Land tragen: Mandatsträgerinnen und Mandatsträger, Amtsträgerinnen und Amtsträger und alle, die draußen Sicherheit und Ordnung unseres Rechtsstaates sichern. Respekt muss wieder in den Mittelpunkt. Daran müssen wir alle arbeiten.

Sicherheit muss aber auch spürbar sein. Wir nehmen im zweiten Quartal kurzfristige, pragmatische und personelle Umstrukturierungen vor. 200 Polizeibeamtinnen und -beamte sind dadurch zusätzlich im Einsatz- und Streifen-dienst. Präsenz vor Ort ist durch nichts zu ersetzen. Wir werden aber auch über Kameras und andere Maßnahmen sprechen müssen – das wird unvermeidbar sein. Sicherheit löst sich nicht mit schönen Worten. Wir müssen handeln.



Deshalb haben wir auch entschieden, 250 zusätzliche Anwärtinnen und Bewerber auszubilden, weil wir die Menschen, die bereit sind, diesen Weg zu gehen, jetzt gewinnen müssen.

Das Feld ist groß, die Zeit knapp. Nicht alles, was wir miteinander diskutieren, diskutieren wir hier auf dem Podium. Aber ich werbe dafür, dass wir es insgesamt gemeinsam angehen. Wir werden uns sehr genau ansehen, wie sich unsere Haushalte entwickeln. Ich habe deutlich gesagt: Die 250 Millionen Euro waren das, was wir jetzt unmittelbar möglich machen konnten. Wenn sich die Situation verbessert, ist mir klar: Der erste Schritt muss dann sein, die Kommunen stärker zu unterstützen – nicht mit zusätzlichen Investitionsmitteln, davon haben wir im Moment genug, sondern im laufenden Geschäft, damit Kommunen ihre Aufgaben wirklich bewältigen können.



Wir schauen uns die Zahlen transparent an. Ich habe kein Interesse an einem Konflikt. Draußen interessiert niemanden ein Streit zwischen Land und Kommunen, wenn nichts vorangeht. Wir haben einen gemeinsamen Auftrag: das Land voranbringen, sichtbar für die Menschen vor Ort. Wir müssen das Vertrauen in die Demokratie stärken. Und wir müssen damit die Chance erhöhen, die linken und rechten Ränder klein zu halten und verantwortungsvoller Politik in der Mitte den Raum zu geben, den wir brauchen, um unser Land zukunftsfähig zu machen.

Ich danke, dass ich hier sein darf. Und ich kann eines klar sagen: Es gibt nicht „das Land“ auf der einen Seite und „die Kommunen“ auf der anderen. Wir lösen die Herausforderungen nur gemeinsam. Wir können offen miteinander reden, wir können kritisch miteinander reden. Aber die Lösung müssen wir gemeinsam auf den Weg bringen. Das will ich. Dazu bin ich bereit. Mein kommunales Herz ist groß – und es bleibt groß.

Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit und vielen Dank für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Das ist nicht selbstverständlich – man könnte auch nur übereinander reden. Dass wir miteinander reden, ist der richtige Weg. Ich wünsche euch und Ihnen eine inspirierende weitere Versammlung und danke noch einmal herzlich für die Einladung.

Grußwort des Auricher Bürgermeisters, **Horst Feddermann**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

es ist mir eine große Freude und Ehre, Sie alle zu dieser besonderen Veranstaltung, der 23. Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages in Aurich, im Herzen Ostfrieslands, begrüßen zu dürfen.

Wir freuen uns sehr, dass unsere Stadt in diesem Jahr Ausrichter der Städteversammlung geworden ist. Für uns war es eine sehr schöne Aufgabe und Herausforderung gleichermaßen.

Ich danke dem Präsidium, das sie in diesem Jahr viele neue Dinge gewagt und zugelassen haben. Exkursionen waren bislang wohl eher selten und auch eine Abendveranstaltung, wie gestern Abend, in diesem Rahmen.

Erstmals haben sich aus finanziellen Gründen Sponsoren an der Finanzierung beteiligt. Es zeigt, dass wir neue Wege gehen müssen, um solche notwendigen Veranstaltungen, wie die Städteversammlung zu finanzieren – gerade in kleineren Städten. Ich hoffe und glaube jedoch, dass wir einen schönen, produktiven Abend hatten und auch der Spaß sowie das Netzwerken nicht zu kurz gekommen ist. Ich danke noch einmal den Sponsoren für die Beteiligung.

Starten möchte ich mit dem Imagefilm über unsere Stadt. Bei dem strammen Pensum das hier in den zwei Tagen zu erfüllen ist, haben sie vermutlich wenig Gelegenheit unsere Stadt kennenzulernen. Daher soll der Film einige Eindrücke geben.

Auch wenn der Film nicht ganz aktuell ist, zeigt er die Vielfalt unserer Stadt. Es fehlt das neu eröffnete Space-Magic, ein Weltraum Indoor Entertainmentcenter für Jung und Alt – auf fast einem halben Hektar

Als Kreisstadt leisten die Einrichtungen in Aurich für unsere ländliche Region einen erheblichen Beitrag im Bereich der Schulen, Gesundheitsversorgung, Behörden, kulturell und auch wirtschaftlich.

Aurich ist seit jeher Behördenstandort für Ostfriesland. Eine Vielzahl von Kreis – Landes – und Bundesbehörden – wie auch die Ostfriesische Landschaft – finden wir hier, wie auch viele Gerichte und Schulen aller Fachrichtungen und Stufen.

Die Landwirtschaft und der Tourismus sind weitere prägende Säulen unserer Region auf die wir viel Wert legen.

Seit einigen Jahren entwickelt sich Aurich daneben zum Industrie – und Wirtschaftsstandort. Mit rund 24.000 Arbeitsplätzen. Damit hat die Stadt einen erheblichen Einpendler-Überschuss und ist zum Jobmotor der Region geworden – Tendenz steigend. Gemeinsam stellen die Städte Aurich, Emden, Norden und Leer eine erhebliche Wirtschaftskraft für die Region dar.

Hier eine weitere Entwicklung zum Wohl der Bürger weiter voranzubringen, ist unsere Aufgabe.

Und wir stehen vor Herausforderungen. Manche Herausforderung ist größer, manche kleiner. Aber der Kern ist immer derselbe: Wir tragen Verantwortung für Kommunen, für Orte, in denen Menschen leben. Für Nachbarschaften, in denen Kinder groß werden. Für Innenstädte, in denen man gerne verweilt.





Dabei unterscheiden sich die Rahmenbedingungen unserer Kommunen allerdings deutlich. Ländliche Regionen, wie hier in Aurich, ticken anders als große Städte. (Aurich hat rund 220 Einwohner:innen pro Quadratkilometer, Hannover 2560, die Krummhörn 75)

Weniger Dichte, andere Infrastruktur, andere demografische Strukturen. Und doch auch besondere Chancen: mehr Raum für kreative Lösungen und manchmal auch mehr Nähe untereinander. Man kann diese Unterschiede nicht kleinreden. Sie sind real.

Aus dem Grund sind manche Entscheidungen die in Berlin oder Hannover getroffen werden und Auswirkungen auf den ländlichen Raum haben schwer nachzuvollziehen.

Unsere gestrigen Exkursionen, wie beispielsweise zur im Bau befindlichen „Zentralklinik Ostfriesische Meere“ in Uthwerdum oder der NATO-Flughafen Wittmund, waren für uns mehr als bloße Besichtigungen. Sie haben uns die Chance gegeben, direkt vor Ort zu erleben, wie unsere Region lebt und arbeitet. Anstatt uns nur auf Zahlen und Berichte zu stützen, sehen wir die Realität vor Ort und nehmen Herausforderungen und Chancen direkt wahr.

Sie helfen uns, Zusammenhänge besser zu verstehen. Diese Exkursionen sind Brücken zwischen Politik, Verwaltung und Wirklichkeit, Und genau diese Brücken brauchen wir, um unsere Aufgaben verantwortungsvoll und mit Blick in die Zukunft zu erfüllen.

Und wir sehen, dass es überall Bewegung gibt.

Ein Projekt ist die Reaktivierung des schienengebundenen Personennahverkehrs zwischen Aurich und Abelitz (Emden). Der Güterverkehrs ist dort bereits möglich. Für die gesamte ostfriesische Region und darüber hinaus ist das nicht einfach eine neue Verbindung. Es ist ein Signal an die Bürger. Mobilität schafft Zugang: zu Jobs, zu Bildung, zu Kultur. Und sie stärkt die Attraktivität einer ganzen Region. Umso mehr freuen wir uns über die erneute Bestätigung dieses Projektes durch den Parlamentarischen Lenkungskreis, wodurch sich das Projekt nun in einer fortgeschrittenen Planungsphase befindet.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich die Planung und den Bau der B 210 n. Ein Projekt, welches bereits Jahrzehnte verfolgt wird. Es soll eine Umgehung um Aurich schaffen und einen besseren Zugang zur Autobahn, sowie bessere Erreichbarkeit des neuen Klinikums ermöglichen. Ganz nebenbei führt es sie auch zu einer lebenswerteren und attraktiveren Innenstadt.

Solche Projekte zeigen, dass Veränderung machbar ist, wenn wir sie wirklich wollen.

Auch in unseren Innenstädten tut sich etwas. Ja, Leerstände sind ein Thema, das viele Kommunen beschäftigt. Aber wir sehen auch: es geht vorwärts. In der Stadt Aurich etwa entstehen neue gastronomische Angebote, die Menschen zurück in die Stadt bringen.

Solche Entwicklungen passieren nicht von allein. Sie sind das Ergebnis engagierten Handelns – von Politik, von Wirtschaft und Verwaltung, von den Menschen vor Ort.

Wenn wir über all diese Beispiele sprechen, steckt dahinter eine gemeinsame Botschaft: Wir können die Zukunft unserer Kommunen gestalten. Sie ist nicht einfach gegeben, sie hängt nicht nur von äußeren Umständen ab. Sie hängt von unserem Mut, von unserer Zusammenarbeit, von unserer Kreativität und unserem Willen ab.

Und auch die politischen Rahmenbedingungen müssen stimmen. Kommunen brauchen die in der Auricher Erklärung angesprochene finanzielle und personelle Befreiheit um die eigene Identität vor Ort leben und gestalten zu können.

Was heißt das für uns hier und heute?

Wir brauchen Zusammenarbeit. Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Zivilgesellschaft – niemand kann die anstehenden Aufgaben alleine lösen. Aber gemeinsam haben wir die Kraft, die Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden spürbar zu verbessern.

Am Ende ist es ganz einfach: Wir alle wollen Orte schaffen, an denen Menschen gerne leben. Orte, die Chancen bieten. Orte, die Zukunft haben. Wenn wir dieses Ziel im Blick behalten und bereit sind, Erfahrungen zu teilen, Brücken zu bauen und Neues zu wagen, dann werden wir genau das erreichen.

Ich danke Ihnen für Ihr Kommen. Und noch mehr danke ich Ihnen für Ihr Engagement vor Ort. Lassen Sie uns die gesammelten Ideen und Impulse mitnehmen und sie in unseren Kommunen lebendig werden zu lassen.

Danke.



Grußwort der Generalkonsulin der Ukraine, **Dr. Iryna Tybinka**

Also um die Tradition fortzusetzen, sage ich zuerst Moin aus Hamburg. Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Frau Naber, sehr geehrter Herr Städtetagspräsident, lieber Oberbürgermeister Krogmann, sehr geehrter Herr Hauptgeschäftsführer Arning, sehr geehrte Damen und Herren, es ist wirklich schön, heute hier in Ihrem Kreis der kommunalen Familie Niedersachsens zu sein, und so viele freundliche Gesichter zu sehen. Ich danke Ihnen für diese Möglichkeit und besonders danke ich allen, die noch geduldig hier in diesem Saal bleiben. Da ich nur fünf Minuten habe, muss ich mich sehr kurzfassen, obwohl ich vieles zu sagen habe. Daher versuche ich es, schnell zu machen.

In meinem schriftlichen Grußwort in Ihrer Zeitschrift, das Sie vielleicht schon gelesen haben oder noch lesen werden, ging es darum, wie entscheidend die Kommunalverwaltung für die Entwicklung der demokratischen Gesellschaft und den Erhalt von Beziehungen zwischen Bürgern und Staat ist. Gerade Sie, sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, erfahren am schnellsten, was Ihre Gemeinde braucht und können am schnellsten darauf reagieren. Sie sind Indikator, Katalysator und treibende Kraft des Wandels in einer Person. Man muss ihnen nicht erklären, wie wichtig die Rolle der Kommunen auch für die Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen Staaten ist. Dank der kommunalen Partnerschaften, die Sie initiieren und fördern. Genau wie das, was Ihre freundschaftliche Unterstützung heute im vierten Jahr des Krieges Russlands für die Ukraine ihrer Regionen, ihrer Städte, ihrer Dörfer bedeutet, und ihrer Menschen. Vor allem für die Menschen. Das ist das Wesen unserer demokratischen europäischen Gesellschaften. Im Gegensatz zu totalitären Regimen sind für uns Europäer der Mensch, seine Bedürfnisse, seine Interessen, sein Wohlergehen und vor allem sein Leben das höchste Gut. Im Namen der Ukraine und ihres Volkes möchte ich diese Gelegenheit nutzen, um jedem von Ihnen und Ihren Gemeinden für die unglaubliche Welle der Solidarität zu danken, die mein Land seit den ersten Tagen der russischen Invasion erfahren hat. Auch meine Landsleute, die Schutz vor dem Krieg suchten und die hier Gastfreundschaft und einen herzlichen Empfang fanden, haben diese Solidarität gespürt. Ich danke den Städten, die ihre langjährige Partnerschaft mit ukrainischen Gemeinden eine neue Bedeutung verliehen haben. Celle, Barsinghausen, Gifhorn, Herzlake, Oberndorf/Oste, Schöningen, Walsrode, Samtgemeinde Wathlingen. Sie mussten sich nicht entscheiden, wem sie helfen wollten. Sie hatten bereits den notwendigen Kontakt. Eben auch danke ich den Gemeinden, die nach 2022 nicht nur ihre Solidarität mit den Ukrainern bekundet haben, sondern diese Zusammenarbeit auch offiziell festschreiben wollten. Denn auch das bezeichne ich als strategische Vision für die Zukunft.

Solche Partnerschaften, die zwar in dunklen Zeiten entstanden sind, aber mit guten Taten geführt sind, haben die Stadt und Region Hannover, Braunschweig, Lüneburg, Oldenburg, Bad Bentheim, Bad Nenndorf, Brake (Unterweser), Buchholz an der Nordheide, Einbeck, die Samtgemeinden Fintel, Hambergen, Radolfshausen, Flecken Delligsen, Göttingen, Großenkneten, Kirchlinteln, Lingen, Nordhorn, Northeim, Roßdorf, Wedemark und Wolfsburg.

Ihre Hilfe ist nicht nur dringend erwartet und lebensnotwendig. Heute am 1309. Tag des Krieges bildet sie zusammen mit der Unbeugsamkeit des ukrainischen Geistes die Grundlage für unsere Standhaftigkeit und Bereitschaft, dem Bösen, das Russland über unser Land gebracht hat, weiterhin Widerstand zu leisten. Ich danke der Regierung und dem Landtag von Niedersachsen. Die von Ihnen geschlossene und unterstützte regionale Partnerschaft mit der Oblast Mykolajiw ist die Grundlage für eine Vielzahl von Projekten, die vielen Bewohnern dieser Frontregion Hoffnung und Unterstützung geben.

Sehr geehrte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die meisten von Ihnen wissen, vor welchen Herausforderungen ihre ukrainischen Kollegen heute stehen. Sie haben sich wahrscheinlich schon oft gefragt, wie ist es, den vernichtenden Terror gegen die Zivilbevölkerung zu ertragen. Jeden Tag nach russischen Luftangriffen neue Trümmer in der Stadt wegzuräumen. In überfüllten Krankenhäusern medizinische Hilfe zu leisten zu versuchen. Die Strom- und Wasserversorgung schnell wiederherzustellen, damit die friedliche Bevölkerung Licht, Wasser und Wärme hat. Wie ist es, von Grund auf unterirdische Schutzräume in Schulen, Krankenhäusern und Wohnhäusern einzurichten? Wie man das uneingeschränkte Funktionieren aller kommunalen Systeme unter Bedingungen sicherstellt, unter denen die personellen Ressourcen am Limit und die materiellen Ressourcen erschöpft sind. Wie kann man die schrecklichen Folgen des brutalen Krieges Russlands für jene Bevölkerung, für die man verantwortlich ist, mildern?



Das sind schwierige Aufgaben. Sehr schwierig. Und die unterscheiden sich ein bisschen von denen, die heute schon genannt wurden von Ihnen. Und je näher an der Frontlinie, desto mehr Fragen müssen die Kommunalbehörden beantworten. Denn es geht um die Evakuierung von Kindern, Kranken, und älteren Menschen, die ihre, seit vielen Jahren eingerichteten Häuser auf keinen Fall verlassen wollen. Es geht um die Reparatur von Kommunikations-, Wasser- und Stromleitungen, während über den Köpfen der Reparaturteams russische Drohnen fliegen, die jeden Moment bereit sind, sie anzugreifen. Wir erhalten ständig Anfragen von Stadt- und Bezirksverwaltungen in der Ukraine, mit der Bitte um Generatoren, weil der Winter naht. Um die Lieferung von Reparaturtechnik, Feuerwehrfahrzeugen und Krankenwagen. Denn ein Teil davon ist bereits zerstört und der andere Teil kann nicht alle



Bedürfnisse decken. Um die Bereitstellung von ausgemusterten Bussen und Pkws, da diese für die Evakuierung von Einwohnern oder der Transport von Schülern zur Schule mit unterirdischen Schutzräumen benötigt werden. Also ich habe schon die Antwort auf die Frage, wohin sie diese Busse liefern können. Auch deshalb bin ich heute hier. Gestützt durch diese Anfragen und das Verständnis, wie sehr Ihre Hilfe dort benötigt wird, wo derzeit unsere gemeinsame Zukunft verteidigt wird. Um daran zu erinnern, dass der Feind den Krieg fortsetzen will. Dass die Bedürfnisse vor Ort von Tag zu Tag wachsen. Dass Ihre Unterstützung viele Leben retten und noch mehr moralisch unterstützen kann. Dass diese Zusammenarbeit für beide Seiten notwendig ist. Denn die Ukraine hat Erfahrungen. Bittere Erfahrungen, die sie in den Jahren dieses Krieges gesammelt hat und ist bereit, diese mit Ihnen zu teilen. Denn die Frage der

Resilienz westlicher Gesellschaften vor dem Hintergrund der offenen Bedrohung durch Russland ist längst aktuell geworden. Ja, die Erfahrungen der Ukraine sind nicht nur für die Bundeswehr, sondern auch für die kommunalen Dienste nützlich. Deshalb lade ich Sie ein, davon Gebrauch zu machen.

Und zum letzten Punkt, aber dem wichtigsten, den Menschen. Der beste Beweis dafür sind die Kinder. Diejenigen unter Ihnen, die es ukrainischen Kindern ermöglicht haben, sich von den ununterbrochenen russischen Nachtluftangriffen zu erholen, haben zweifellos ihre Augen gesehen. Sie sind immer voller kindlicher Freude über die Möglichkeit, einfach ihre Kindheit zu genießen und für einen Moment die Sorgen des Krieges zu vergessen. Allein dafür sind wir Ukrainer Ihnen unendlich dankbar. Für das Lächeln auf den Gesichtern der Kinder des Krieges. Die bereits bestehenden Partnerschaften und diejenigen, die hoffentlich noch geschlossen werden, sind die beste Möglichkeit, die zwischenmenschlichen Kontakte zu vertiefen und dadurch die europäische Einheit in einer Zeit zu stärken, in der der Feind versucht, die demokratische Welt zu spalten und damit zu schwächen. Heute habe ich 31 kommunale Partnerschaften in Niedersachsen genannt, die sich zwischen unseren beiden Seiten erfolgreich entwickeln. Aber in meiner Heimat gibt es noch viel mehr Städte, die nach einer zuverlässigen Stütze und einem treuen Freund suchen. Und in diesem Saal sind weit mehr als 31 Vertreter von Städten und Gemeinden anwesend. Deshalb lade ich Sie ein, eine Zusammenarbeit mit meinem Land aufzubauen und zu entwickeln. Ihre Hilfe für die Ukraine ist gleichzeitig eine Hilfe für sich selbst, ihre Gemeinden und ihre Kinder. Damit wir mit gemeinsamen Anstrengungen den Krieg in zweieinhalbtausend Kilometer Entfernung beenden können. Denn außer uns Europäern – und das haben Sie wahrscheinlich schon verstanden – wird das kein anderer tun. Ich danke Ihnen!



SCHRIFTTUM

Niedersächsische Bauordnung

Kamlage/Görgens

Kohlhammer

18. Auflage, 552 S., 54 Euro

ISBN 978-3-555-02358-8

Die 18. Auflage der Textausgabe enthält das gesamte niedersächsische Bauordnungsrecht, insbesondere die – Niedersächsische Bauordnung (NBauO), – Allgemeine Durchführungsverordnung zur NBauO, – Bauvorlagenverordnung, – Verkaufsstättenverordnung, – Garagen- und Stellplatzverordnung, – Verordnung über Campingplätze, Wochenendplätze und Wochenendhäuser, sowie weitere maßgebende Vorschriften – Gebäudeenergiegesetz (GEG), – des Baugesetzbuchs, – der Baunutzungsverordnung, – des Niedersächsischen Denkmalschutzgesetzes, – des Baugebührenrechts, – der Verwaltungsgerichtsordnung.

Grußwort des Präsidenten des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen, **Michael Fürst**

Guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Moin haben wir heute schon mehrfach gehört. Die, die mich noch nicht kennen und das werden wahrscheinlich sehr wenige hier sein, konnten eben über mir an der Videowand sehen, wer ich bin.

Vielen Dank für die Einladung, sehr geehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin, liebe Hanna,

lieber Herr Präsident Krogmann,

sehr geehrte Frau Generalkonsulin,

meine Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie mich nach Aurich eingeladen haben, um einige Worte zu sprechen. Das hat natürlich einen besonderen Grund, denn ich bin mit einem Gastgeschenk für alle Teilnehmer der Tagung gekommen. Sie haben in der Tasche mit den vielen Gimmicks, die man so üblicherweise bei solchen Jahresveranstaltungen verteilt, den Kalender „Jüdisches Leben im Oldenburger Land und in Ostfriesland“. Und da dachte ich, als ich nun die Einladung für heute nach Aurich bekam, es wäre ja ganz geeignet, wenn wir diesen Kalender hier heute auslegen, damit jeder von Ihnen den Kalender bekommt und wir uns das Porto sparen. Werfen Sie ihn also bitte nicht weg. Er kostet Geld. Natürlich müssen Sie ihn nicht bezahlen, aber uns hat er etwas gekostet und deshalb geben wir ihn auch gerne heute an Sie weiter. Und Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister der Stadt Aurich, kann ich nur empfehlen, nehmen Sie alle mit, die hier heute liegen bleiben und verteilen Sie sie in Ihrer Kommune. Ich glaube, viele Ihrer Bürger werden sich freuen, wenn Sie diesen Kalender, der sich auch mit Ihrer Stadt beschäftigt, verteilen würden.

Wir machen das nun schon seit einigen Jahren. Angefangen haben wir 2020 mit dem jüdischen Leben in Hannover – das war das Jüdische Jahr 5781, wir sind schon ein paar tausend Jahre weiter –, das wissen die meisten von Ihnen. Haben das dann fortgesetzt mit dem jüdischen Leben in Osnabrück 5782, es folgt das jüdische Leben in der Region Braunschweig und Wolfsburg im jüdischen Jahr 5783 und 5784 war dann die Region längst der Weser dran. Im vergangenen Jahr hatten wir die Städte Hildesheim und Göttingen im Auge. Und dieses Jahr ja nun Oldenburger Land und Ostfriesland. Die entscheidenden Vorarbeiten dafür führt unser Historiker, Dr. Peter Schulze, in Hannover durch, der diese Kalender für uns vorbereitet und dann gemeinsam mit uns abstimmt. Uns hat die Grundidee geleitet, den Multiplikatoren unseres Bundeslandes einen Einblick in das jüdische Leben in allen Regionen Niedersachsens zu vermitteln, in denen heute wieder jüdische Gemeinden existieren. Wir hatten bis 1989 drei jüdische Gemeinden in Niedersachsen: Braunschweig, Hannover und Osnabrück. Und wahrscheinlich wäre die Braunschweiger Gemeinde heute nicht mehr existent, wenn wir nicht 1989 den entscheidenden Einschnitt in das jüdische Leben in der gesamten Bundesrepublik gehabt hätten, nämlich die Kontingentflüchtlingsbewegung der jüdischen Bürger aus der ehemaligen Sowjetunion. Seitdem haben wir wieder in Niedersachsen, allein in Niedersachsen, 18 jüdische Gemeinden über das Land verstreut und sind im Verhältnis am stärksten gewachsen. Wir stellen nun diesen Kalendern auch die jüdischen Gemeinden vor mit Text und Bild. Es sind teilweise alte Bilder, teilweise neue Bilder. Und wir werden dieses Vorhaben auch weiter fortsetzen. Wir haben zwar jetzt alle Gemeinden abgedeckt, aber im nächsten Jahr werden wir dann etwas Neues anfangen. Wir wissen noch nicht genau, wie wir es machen, aber wir wollen jüdisches Leben in Niedersachsen weiter vermitteln.



Lassen Sie mich einfach ein paar Namen nennen und ich bin fast sicher, sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie werden diesen Namen vielleicht kennen, weil Sie sie hier und da schon gehört haben. Ich werde später verdeutlichen, warum ich diese Namen nennen. Es sind sieben Namen: Salli Peiser, Josef Sternberg, Meinhard Sternberg, Abraham Wolf, Leopold Wolff, Naftali Wolff, Levi Wolff und Sigrid Wolff.

Ich weiß nicht, ob Sie die Namen schon einmal gehört haben. Vielleicht doch? Das sind die jüdischen Gefallenen des Ersten Weltkrieges, die hier in Aurich gelebt haben. Ich will damit nur deutlich machen, dass wir bis zur Schoa, bis zum Holocaust, in jeder kleinen Gemeinde jüdisches Leben gehabt haben. Auch in Aurich, auch in Leer, auch in Weener und wo auch immer! Viele jüdische Gemeinden gibt es aber nicht mehr heute. Dafür haben wir nur noch in diesen Gemeinden Friedhöfe, jüdische Friedhöfe, die wir unterhalten. Ich betreue mit meinem Verband im Land Niedersachsen rund 250 jüdische Friedhöfe. Wir bekommen dafür Geld von Land und Bund, aber dieses Geld reicht natürlich bei weitem nicht aus, damit etwas Tolles zu machen, es reicht gerade für die Pflege aus. Ich will damit nur deutlich machen: Das, was wir nicht mehr haben, ist seit 1989 wieder zu einem Leben erweckt worden. Statt der drei Gemeinden haben wir jetzt 18 Gemeinden in Niedersachsen und ich glaube, wir werden auch in Zukunft noch weitere bekommen. Ich bin Ihnen sehr dankbar, allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern dieses Landes, wie Sie sich der jüdischen Gemeinden in Ihren Kommunen angenommen haben. Ich bin nun seit 45 Jahren, wie viele von Ihnen wissen, Verbandsvorsitzender und ich betreue ehrenamtlich diesen Verband und es hat mir immer sehr viel Spaß gemacht, mit Ihnen zusammenzuarbeiten.

Ich könnte Ihnen nun ganz viel aktuell Politisches erzählen, das will ich aber gar nicht, denn zwischen dem Essen und Ihnen stehe nur noch ich und Sie wollen ja doch an die Brotkörbe. Aber zuvor lassen Sie mich einige Worte doch noch sagen zu der derzeitigen politischen jüdischen Situation. Wir haben derzeit wieder einen starken Antisemitismus, der tatsächlich fürchterlich, bedrohlich ist. Wir werden in die Haftung genommen für das, was zwischen Israel und den Palästinensern derzeit passiert. Von vielen, die sowieso antisemitisch veranlagt sind, sowieso, aber von anderen, die meinen, sie müssten nun den Krieg zwischen Israel und Palästina zum Anlass nehmen, auch nicht mehr nur schwelenden Antisemitismus zu verbreiten. Wir sind hier keine Israelis in Deutschland. Die Juden, die hier leben, sind bis auf sehr viele, die überwiegend in Berlin leben, keine Israelis. Sie sind Deutsche. Wir stehen aber zum Staat Israel, ohne Vorbehalte, ohne Einschränkungen. Das heißt nicht, dass wir hinter sämtlichen Kriegsmaßnahmen der israelischen Regierung gegen das Land im Gazastreifen stehen. Das müssen wir nicht und vielen von uns gefällt das eine oder andere nicht.

Aber, wir vergessen auch nicht, was am 7. Oktober 2023 passiert ist und wir werden auch nicht vergessen, dass der Staat Israel seit seiner Staatsgründung 1948 wiederholt versucht wurde, ins Meer zu werfen. Auch das sind Fakten, die jeder erkennen können müsste, genauso, wie jeder wissen muss, wer diesen Krieg angefangen hat. Das war nicht Israel, das war der terroristische Angriff mit über 1000 brutal ermordeten Juden, Frauen, Männern und Kindern. Aber unabhängig davon: Das, was derzeit im Gazastreifen passiert, ist etwas, was uns alle sehr bedrückt und wir hoffen, dass dieser Krieg tatsächlich bald beendet sein wird.

Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.



SCHRIFTTUM

Baunutzungsverordnung: BauNVO

König/Roeser/Stock

C.H.BECK, 6. Auflage, 2025

XIX, 954 S., Hardcover (Leinen) 149 Euro

ISBN 978-3-406-82588-0

Zum Werk

Das auf die verwaltungsrechtlichen und planerischen Bedürfnisse ausgerichtete und dabei zugleich als Kommentar des erstens Zugriffs konzeptionierte Werk erläutert die aktuelle Fassung der BauNVO kompakt und zugleich detailliert. Abgerundet werden die Darstellungen durch Hinweise auf die Altfassungen, die in der Praxis noch immer eine Rolle spielen.

Vorteile auf einen Blick

- systematisch aufbereitete Darstellungen

- verfasst von einem mit der Materie bestens vertrauten Expertenteam

- Einbeziehung der einschlägigen neuen Rechtsprechung und Literatur

Zur Neuauflage

Die Neuauflage berücksichtigt das Gesetz zur sofortigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien im Städtebaurecht (BGBl. 2023 I Nr. 6) sowie das Gesetz zur Stärkung der Digitalisierung im Bauleitplanverfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften (BGBl. 2023 I Nr. 176).

Zielgruppe

Für Planungs-, Bau- und Umweltbehörden, Richterschaft, Rechtsanwaltschaft, Architektinnen und Architekten und Ingenieurinnen und Ingenieure.



Schlusswort des Vizepräsidenten des NST, Oberbürgermeister **Frank Klingebiel**, Stadt Salzgitter

Ja, liebe kommunale Familie – und das sind wir, eine große Familie; wir stehen zusammen in guten und in schlechten Zeiten. Vorweg, ich bin schon mal sehr dankbar für die deutlichen Worte, die meine beiden Vorredner eben noch mal gesagt haben. Das ist ganz wichtig: Wir stehen für Frieden, Freiheit und Demokratie. Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg – das ist unsere Losung und dafür stehen wir Kommunalos Tag für Tag!

Und ansonsten halte ich mich bei meinem Schlusswort an Reinhard Mey: „was ich noch zu sagen hätte, dauert eine Zigarette und ein letztes Glas im

Stehen“, und dann gibt es Essen. Wir sind in unsere Mitgliederversammlung gestartet mit dem Song „Hells Bells“, also ziemlich dynamisch, und haben dann eine starke Rede unseres Präsidenten gehört, der unsere Lage und unsere Forderungen, die wir schon lange öffentlich vorgetragen haben, noch einmal sehr deutlich adressiert hat. Lieber Jürgen, vielen Dank! Es macht immer Spaß mit Dir! Und ich glaube, heute hast du uns allen aus der Seele gesprochen. Dankeschön! Und wir haben auch eine bemerkenswerte Rede, wie ich finde, unseres Ministerpräsidenten gehört. Lieber Olaf, Deine Worte hallen jetzt hoffentlich noch nach bis nach Hannover. Wenn wir das gemeinsam auf die Straße kriegen, dann werden wir es schaffen, auch vor Ort unsere Demokratie wieder zu stärken und Vertrauen zurückzugewinnen, das wirklich leider verloren gegangen ist in den letzten sieben Krisenjahren. Und wir sind dafür bereit. Und danken möchte ich auch unserer Landtagspräsidentin. Liebe Hanna, ich weiß – und das wissen wir alle –, dass Du immer unterwegs vor Ort bist und ein offenes Ohr für uns hast. Und was dich umtreibt, ist das, was wir eben auch hier als Botschaft vermittelt haben: Respekt, Toleranz, Solidarität, Demokratie und eine funktionierende Daseinsvorsorge. Und da bist Du Eine, die nicht müde wird, das auch wieder, immer wieder nach vorne zu bringen. Dankeschön!

Dank auch noch mal an unsere Generalkonsulin Dr. Iryna Tybinka. Ich glaube, hier kann keiner von uns auch nur annähernd errahnen, was die Menschen in der Ukraine zurzeit erleiden. Das ist eine schwierige Aufgabe, die Sie haben: immer wieder für Frieden einzustehen und dafür zu werben, obwohl in Ihrer Heimat ein schlimmer Angriffskrieg wütet. Ihre Worte waren sehr bewegend und haben uns erreicht und wir stehen an Ihrer Seite. Das sei noch mal sehr deutlich von hier gesagt. Und Michael Fürst ist auch schon ewig bekannt als eine Persönlichkeit, die unterwegs ist für Völkerverständigung und für ein friedliches Miteinander. Das lebt er, das zeigt er. Deshalb auch Dir ganz herzlichen Dank!

Dann komme ich schon zum Schluss. Wir beenden unsere Mitgliederversammlung auch speziell in diesem Geiste mit einem bedeutenden Friedenssong des aus meiner Sicht großartigsten Liedermachers aller Zeiten, John Lennon: Imagine! Und ich bin überzeugt, dass wird ein deutliches Zeichen und starkes Signal der kommunalen Familie nach draußen sein, dass wir friedlich zusammenleben wollen. Danke an Euch alle, dass Ihr unermüdlich für unsere Demokratie in Euren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden einsteht!

Last but not Least: Ganz herzlichen Dank an unseren Kollegen Horst Feddermann und sein Team. Das war eine grandiose Tagung und ein großartiger Abend in der Stadtperle. Wir wissen alle, was Euch die Organisation abverlangt hat. Ganz herzlichen Dank auch an unseren Hauptgeschäftsführer Jan Arning, unsere Geschäftsführerin Kirsten Hendricks und unser Team der Geschäftsstelle, die unsere Mitgliedsversammlung wieder einmal perfekt vorbereitet und durchgeführt haben. Das ist nicht nur viel Arbeit; das ist Leidenschaft pur, da ist viel Herzblut drin. Wir fühlen uns immer gut aufgehoben bei Euch. Und eben auch hier in Aurich. Dankeschön!

Ja, das war's. Glück auf und haltet den Kopf über Wasser! Und immer den Humor behalten!



SCHRIFTTUM

Ermittlungen hinter dem Deich

Marquardt/Püschel/Saimenh

Kohlhammer

1. Auflage, 286 Seiten, 22 Euro

ISBN 978-3-17-046533-6

Auch in ländlichen Regionen werden schwerwiegende Verbrechen begangen. Dieses Buch bietet einen fundierten Einblick in die Arbeit von Staatsanwaltschaft, Rechtsmedizin und forensischer Psychiatrie bei der Aufklärung von Kapitaldelikten. Anhand realer Fälle wird gezeigt, wie Ermittlungen geführt werden, welche Spuren auf Täter hinweisen und welche juristischen, medizinischen und psychologischen Fragen dabei eine Rolle spielen. Mit ihrer langjährigen Erfahrung beleuchten die Autorinnen und Autoren die Herausforderungen und Grenzen der Verbrechensaufklärung – sachlich, faktenbasiert und spannend zugleich.



NST-N im Gespräch...

...mit Anke Pörksen, Staatssekretärin für Digitalisierung im Niedersächsischen Ministerium für Inneres, Sport und Digitalisierung

NST-N: IT-Sicherheit, Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes oder KI – die Herausforderungen für Land und Kommunen sind gleichermaßen groß. Wo sehen Sie aktuell die größten Herausforderungen?

Anke Pörksen: Diese Themen sind leider alle auf ihre Weise enorm herausfordernd. Dennoch ist die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes wahrscheinlich der Bereich, der Kommunen und Land in besonderer Weise und leider wohl auch noch eine gewisse Zeit lang fordern wird. Die Vorstellungen der in den Kommunen Verantwortlichen über die in der Digitalisierung zu setzenden Prioritäten sind uneinheitlich. Eine Herausforderung sind auch die unzähligen teilweise schon sehr betagten Fachverfahren. Und schließlich haben wir mehrere IT-Dienstleister im kommunalen Sektor – auch das führt zu einem erhöhten Abstimmungsbedarf. Aber ich bin zuversichtlich, dass die Kommunen in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht nur zahlreiche Leistungen für Bürgerinnen und Bürger online anbieten werden können, sondern dass es in vielen Bereichen auch komplett digital ablaufende Prozesse geben wird. Das wird uns allerdings nur gelingen, wenn die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Landrätinnen und Landräte sowie die Ratsmitglieder bereit sind, die Digitalisierung wichtiger Bereiche zu priorisieren und auch tatsächlich einheitlich vorzugehen. Das Land unterstützt bei alledem sehr gerne, aber die Grundentscheidungen müssen auf kommunaler Ebene getroffen und von möglichst vielen Kommunen mitgetragen werden.

„IT-Sicherheit ist ein Teamsport“

Anke Pörksen

NST-N: Das Land hat angekündigt, den Kommunen einen „Schutzschirm“ in Bezug auf IT-Sicherheit zur Verfügung zu stellen. Wie schätzen Sie die aktuelle Bedrohungslage gerade für Kommunen ein? Wann werden Kommunen von dem Schutzschirm konkret profitieren können?

Pörksen: Die Bedrohungslage der Kommunen unterscheidet sich nicht von der der sonstigen Landesverwaltung und muss gemeinsam bewältigt werden. IT-Sicherheit ist ein Teamsport.

Aktuell wird ein gemeinsamer, einheitlicher Schutzschirm aufgebaut, von dem auch die Kommunen profitieren sollen und an dem wir aktuell sehr intensiv arbeiten. Ich bin zuversichtlich, dass wir zu Beginn des kommenden Jahres alle Details dazu kommunizieren können und weiß um das hohe Interesse in der kommunalen Familie.

NST-N: Bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes liegt Niedersachsen aktuell nicht in der Spitzengruppe der Bundesländer. Was muss aus Ihrer Sicht getan werden, damit Land und Kommunen sich gemeinsam verbessern können?

Pörksen: Wir brauchen ein gemeinsames Commitment von Kommunen und Land das OZG-Gesetz möglichst schnell und möglichst flächendeckend in Niedersachsen umzusetzen. Ohne eine weitgehende Einigkeit über die unterschiedlichen Gebietskörperschaften hinweg wird es schwer. Aktuell wird gerade im Landkreis Nienburg mit einem Team aus Mitarbeitenden des Innenministeriums, mehreren IT-Dienstleistern und mit kommunalen Kolleginnen und Kollegen versucht, in einem ganzen Landkreis mit allen dazugehörigen Kommunen möglichst viele IT-Leistungen online anzubieten. Die erste Rückmeldungen aus diesem Prozess sind vielversprechend. Die



FOTO: ©STK, MOHSEN ASSANMOGHADDAV



FOTO: YING/ALPUMI - STOCK.ADOBE.COM

partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen auf Augenhöhe sowie die engagierte Unterstützung aller Hauptverwaltungsbeamten waren und sind von zentraler Bedeutung für den Erfolg. Das gilt insbesondere für die bewusste Priorisierung dieses Vorhabens innerhalb der eigenen Organisation.

NST-N: *Viele Kommunen wünschen sich mehr Standardisierung. Genannt werden dabei auch Fachverfahren. Wie schätzen Sie die Möglichkeiten ein, als Land zum Beispiel im übertragenen Wirkungskreis hier Impulse zu geben?*

Pörksen: Impulse kann das Land sicher geben und in einigen Bereichen wollen wir auch gerne Standards setzen beispielsweise für Sicherheit und für Schnittstellen. Die notwendigen praktischen Lösungen wollen wir dann gleich mitliefern. Teilweise brauchen wir dafür eine gesetzliche Grundlage inklusive Verordnungsermächtigung sowie entsprechende Rechtsverordnungen. Das könnte – wenn der Landtag uns bei diesem Weg unterstützt – sehr schnell gehen. Wichtig wäre es, dass wir uns einigen, mit welchen Aufgabenbereichen der Kommunen wir starten wollen. Aus meiner Sicht sollten es zwei oder drei Themengebiete sein, damit ganz unterschiedliche Kommunen von diesem Ansatz profitieren können. Leider stellen sich perspektivisch allerdings auch finanzielle Fragen. Dem Land stehen inzwischen auch für solche Vorhaben Gelder zur Verfügung. Wir werden aber nicht in allen kommunalen Aufgabenbereichen die Finanzierung einer sich eng an Standards orientierenden Digitalisierung übernehmen können. Auch hier müssen Kommunen und Land aufeinander zugehen.

NST-N: *Die kommunalen IT-Dienstleister befinden sich in einem Prozess, mit dem sie ihre Zusammenarbeit neu aufstellen wollen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die gemeinsame Gesellschaft GovConnect, an der auch das Land beteiligt ist. Wie sehen Sie Ihre Rolle in diesem Prozess?*

Pörksen: Es ist zunächst einmal wichtig, dass die kommunalen IT-Dienstleister ihrer Verantwortung gerecht werden und die Kommunen bei den großen Herausforderungen der zahlreichen parallelen Digitalisierungsprozesse bestmöglich unterstützen. Im Bereich der OZG-Umsetzung sehen wir bei allem Engagement teilweise schon noch Luft nach oben. Ich bin sehr froh, dass der Prozess des besseren Zusammenwirkens der IT-Dienstleister von der kommunalen Seite wieder aufgenommen worden ist. Es gibt bereits gute Beispiele, dass und wie die verschiedenen kommunalen IT-Dienstleister sinnvoll zusammenarbeiten können. Dies gilt insbesondere für den Bereich der IT- und Cybersicherheit. Wahrscheinlich wird es im Endeffekt auch einen wie auch immer gearteten Zusammenschluss der IT-Dienstleister geben müssen. Die GovConnect kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Das Land unterstützt diesen Prozess sehr gerne nach Kräften. Aber auch hier gilt: die wesentlichen Entscheidungen müssen auf kommunaler Ebene getroffen werden.

NST-N: *Gerade Smart City Anwendungen können in den Bereichen Stadtentwicklung, Anlagensteuerung und Information mit Echtzeitdaten dazu beitragen, Klimaneutralität zu erreichen und Klimaanpassung erleichtern. Wie wollen Sie Kommunen dabei unterstützen, diese schneller und flächendeckender nutzen zu können?*

Pörksen: Es gibt derzeit Überlegungen im Hinblick auf eine vom Land geförderte IoT-Plattform, auf der schon zahlreiche Smart City Anwendungen laufen, weiterzuentwickeln und den Kommunen zur Nachnutzung zur Verfügung stellen. Natürlich muss so ein System über standardisierte Schnittstellen und einen öffentlich zugänglichen Code interoperabel mit bestehenden Systemen und flexibel auf die lokalen Anforderungen erweiterbar sein.

Idealerweise können so auch kleinere oder weniger finanzstarke Kommunen, die noch nicht über eine entsprechende Plattform verfügen, einen Zugang zum Smart City Ökosystem bekommen. Darauf aufbauend könnten kommunenübergreifend Daten ausgetauscht werden. Prozesse wie beispielsweise der Katastrophenschutz könnten besser organisiert werden. Dabei spielt auch die Vernetzung der Kommunen und der Wissenstransfer untereinander eine große Rolle. Vor einigen Wochen haben wir uns daher mit einem eigenen Messestand des Landes Niedersachsen gemeinsam mit der Metropolregion Hannover, Braunschweig, Göttingen, Wolfsburg auf der Weltleitmesse „Smart City World Congress“ in Barcelona präsentiert und vernetzt. Die Rückmeldungen waren sehr positiv, sodass wir derzeit darüber nachdenken, dieses Angebot im kommenden Jahr zu wiederholen.

NST-N: *Vielen Dank für das Gespräch, Frau Staatssekretärin!*



Tätigkeitsfelder der GovConnect

Mit Kooperationen Treibhausgasemissionen besser und schneller reduzieren

VON UWE STERNBECK

Mit dem Slogan „Niedersachsen united“ auf dem etwas ramponierten Raumschiff, das die Kommunen im Cockpit der Klimawende für die Fachtagung „Zukunft gestalten: Digital + Kommunal = Klimaneutral“ grafisch darstellte, wurde das Ergebnis schon gut angedeutet. Rund 80 Fachleute folgten der Einladung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (MU), der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen (KEAN), des Niedersächsischen Städtetags (NST) und der Hansestadt Lüneburg im Rahmen des vom Land Niedersachsen geförderten NST-Projekts „Unterstützung und Beschleunigung des kommunalen Klimaschutzes durch Smart Cities“ in die Leuphana Universität Lüneburg.



Uwe Sternbeck leitet beim NST das vom Land geförderte Projekt „Unterstützung und Beschleunigung des kommunalen Klimaschutzes durch Smart Cities“

Im **Begrüßungsinterview** beschrieb Lüneburgs Oberbürgermeisterin Claudia Kalisch die Hebel, um ehrgeizige Klimaschutzziele zu erreichen: Wärmeplanung, Gebäudeenergie-management, Mobilitätswende und Flächen für erneuerbare Energiegewinnung. Dr. Jan Arning, Hauptgeschäftsführer des NST, nannte gute kommunale Beispiele und forderte verlässliche Rahmenbedingungen für kommunales Handeln. Hierzu zählen nach KEAN-Geschäftsführer Daniel Farnung besonders ausreichende Ressourcen. Er wies auf den Nutzen digitaler Tools hin. Professor Dr. Harald Heinrichs von der Leuphana Universität hielt es für sehr hilfreich, eine mutigere und schnellere Partizipation mit Hilfe von z.B. Chatbots adressatengerechter zu führen.

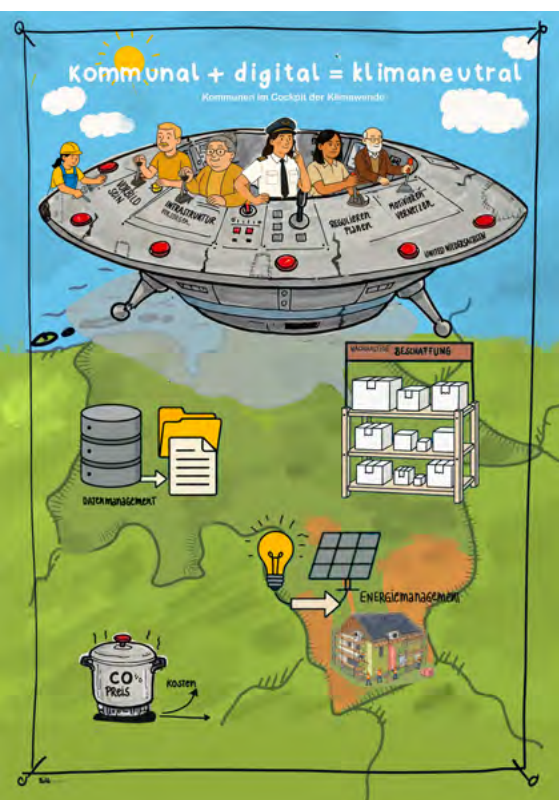
Für das MU kündigte **Staatssekretärin Anka Dobsław** einen Investitionsbooster für Kommunalen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung aus den Strukturmitteln des Bundes an. Damit könnte die Umsetzung von Maßnahmen von Kommunen als Schlüsselakteuren bei Anpassung und Klimaschutz beschleunigt werden. Es würde darum gehen, das halbvolle Glas gemeinsam weiter zu füllen. Wichtige Beiträge des Landes wären mehr Personalkostenförderungen bei Landkreisen, einfachere Verfahren und Beratung durch KEAN und NIKO.

Trotz der aktuell als vorrangig benannten Themen Finanzen, Innenstädte und Flüchtlinge hat Klimaschutz seine hohe Bedeutung behalten, was aufgrund sehr stark gestiegener Betroffenheit von

Extremwetterereignissen nicht verwundert. In dieser Ausgangslage hat die Leuphana Universität ein **Kommunales Nachhaltigkeitsbarometer Niedersachsen** im Frühjahr 2025 veröffentlicht, das Pia Redenius für die Universität vorstellte.

Gewonnene Erkenntnisse waren, dass Klimaschutz vorrangig bei Landkreisverwaltungen als wichtig bezeichnet wurde, Nachhaltigkeit aber vorrangig in Gemeinden und Städten. 43% der teilnehmenden Kommunen hatten ein eigenes Neutralitätsziel für Treibhausgase, bewerteten aber selbst ihre Maßnahmen als nicht ausreichend, um diese zu erreichen. Dabei wurden ordnungsrechtliche Maßnahmen nur wenig genutzt. Kooperationen sind hilfreich und sollten ausgebaut werden. Mangelnde Ressourcen und zögerliche Kommunalpolitik würden oft als hemmend für die Erreichung von Klimazielen bewertet.

Angelika Paar vom Institut für Energie- und Umweltforschung (IFEU) Heidelberg, spannte den Bogen von den eigenen **Handlungsmöglichkeiten von Kommunen beim Klimaschutz** zu Bereichen, wo Kommunen nur anreizen oder begleiten können. Dabei wurde deutlich, dass Kommunen selbst nur einen kleinen Teil der Emissionen vermeiden könnten, weil sie z.B. keine Einflussmöglichkeit auf Industrieunternehmen hätten. Daher könnten allenfalls



Anka Dobsław ist Staatssekretärin im Niedersächsischen Umweltministerium

Kommunen in ländlichen Räumen wirkliche THG-neutralität erreichen. Frau Paar appellierte dazu, realistische, aber anspruchsvolle Ziele an die lokale Situation anzupassen, engagiert bei der Umsetzung zu bleiben und das Klimaschutzmanagement personell und finanziell aufzustocken, weil es mehr Geld in die Kassen bringt als es kostet.

Mit einer Podiumsdiskussion „Treibhausgasneutrale Kommune – wie kommen wir dahin?“ wurde das Vormittagsprogramm abgerundet. Neben Prof. Dr. Harald Heinrichs und Angelika Paar (s.o.) diskutierten Pia Wiebe, Bereichsleiterin Klimaschutz und Nachhaltigkeit der Hansestadt Lüneburg und Stadtdirektor Martin Feller, Samtgemeinde Bad Bevensen-Ebstorf.

Zu Handlungsdruck führen Dauerkrisenmodus, Ressourcenmangel und eher hemmende Kommunalpolitik. Es fehlen digitale Standardprodukte für Kommunen. Veränderungs- und Innovationsbereitschaft sind oft wenig ausgeprägt. Für eine erfolgreichere Zukunft sollte mehr demokratisch als technokratisch agiert werden. Klimaschutzmaßnahmen können zu mehr Wohlfühlen beitragen, strukturelle Veränderungen in Verwaltungen sollten eingeleitet und Erfahrungen von Nachbarkommunen und guten Beispielprojekten einbezogen werden. Zukünftig muss gelingen, von der reagierenden zur Gestaltungsverwaltung zu werden.

In **parallelen Workshops** bearbeiteten die Teilnehmenden der Fachtagung nachfolgende Themen, die sie dann in einer Blitzlichtrunde im Plenum vorstellten:

Kommunales Energiemanagement – Ansatzpunkte für Digitalisierung auf dem Weg zur Treibhausgasneutralität

Ansätze zum Aufbau eines digital gestützten Energiemanagements für kommunale Liegenschaften wurden diskutiert.

Florian Lörincz (KEAN) eröffnete die Veranstaltung mit einem Impulsvortrag zu den wirtschaftlichen und technischen Grundlagen und Digitalisierungspotenzialen des kommunalen Energiemanagements. Im Anschluss gab Manfred Jeschke (Landkreis Northeim) praxisnahe Einblicke in langjährige Erfahrungen und eindrucksvolle Ergebnisse bis hin zu 90 %iger Wärmeenergieeinsparung.

In der anschließenden Workshop-Phase erarbeiteten Kleingruppen zentrale Hürden und Erfolgsfaktoren für wirksames und digitales KEM. Als herausfordernd wurde die Ausgangslage beschrieben: Vielerorts fehlten Daten, Strukturen und Klarheit auch über Datensicherheit. Als Erfolgsfaktoren des KEM wurden dagegen organisatorischer Rückhalt, klare Zuständigkeiten, verlässliche Datengrundlagen einschließlich automatischer Verbrauchserfassung sowie die systematische Analyse und Priorisierung kommunaler Liegenschaften identifiziert.

Datennutzung für eine nachhaltige Kommune: Beispiele und usecases

Wie können Kommunen Daten strategisch für Nachhaltigkeit nutzen? Diese Frage stand im Zentrum des Workshops, der Theorie mit Praxis verknüpfte. Simone Sauerwein (Hansestadt Lüneburg) berichtete von kommunalen Erfahrungen. Florian Apel-Soetebeer (City & Bits GmbH) ergänzte mit weiteren Beispielen zum kommunalen Datenmanagement.

In interaktiven Gruppen wurden Anwendungsszenarien zu klimafreundlicher Mobilität, energieeffizientem Gebäudemanagement und hitzeresilienter Stadtplanung entwickelt. Ein Fokus lag auf der datenbasierten Optimierung eines Parkhauses: In Echtzeit erfasste Park- und Ladesäulenbelegung, Auslastungsanalyse, Abstimmung von Photovoltaik-Stromerzeugung mit Ladebedarf sowie nutzerorientierte Anreizsysteme wurden gemeinsam konzipiert.

Der Workshop zeigte eindrucksvoll: Daten können zur nachhaltigen Stadtentwicklung beitragen – wenn strategisch geplant, partizipativ entwickelt und mit Ressourcen unterlegt.

Nachhaltige Beschaffung in Niedersächsischen Kommunen – Beispiele und Erfahrungen

Hier stellte Tom Schmidt (City&Bits GmbH) den Nachhaltigkeits-Canvas als Hilfsmittel vor, Claudius Reich (Fachkoordinator für Vergaberecht an der HVHS) erläuterte Beispiele zu Qualitätskriterien, die rechtssicher möglich wären.

Anhand der von ihnen ausgewählten für Kommunen typischen Beispiele Gebäude, Nahrungsmittel und Büromöbel entwarfen die Teilnehmenden erste Verbesserungsideen. Diese reichten von Vorgaben für modulare Nutzungskonzepte, Contractingmodellen für energiesparende Anlagen über Pflichten zu Mehrwegverpackungen oder Resteverwertung bis hin zu Vorgaben für Ergonomie, Platzbedarf und Wohlfühlfaktoren. In jedem Fall wären Markterkundungsverfahren im Vorfeld von Beschaffungen hilfreich.

Abgeschlossen hat die Tagung Professorin Dr. Sonja Peterson mit dem Vortrag „Was erwarten wir für eine Entwicklung bei den CO₂-Preisen und welche Folgen hat das für Kommunen?“.

Das Emissionshandelssystem, bei dem Emittierende Zertifikate erwerben müssten, wurde von ihr als gutes und neutrales Steuerungsmittel bezeichnet, um die europäische Zielrichtung zu erreichen. Es hätte in der Vergangenheit bereits gute Reaktionen hervorgerufen.

1. Qualifizierung Koordinatorinnen und Koordinatoren schulisches Mobilitätsmanagement

Neue Fortbildung für sicherere Schulwege

VON JANIKA DUCKS UND MARIO JANSEN

19 Akteurinnen und Akteure haben sich in Niedersachsen zum „Bündnis Sichere und Nachhaltige Schulwege“ zusammengeschlossen. Das Bündnis hat bereits eine erste Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Kommunen auf die Beine gestellt. Im Sommer 2026 wird die Qualifizierung erneut angeboten.

Was ist Schulisches Mobilitätsmanagement?

Das Bündnis will Schulträger, also Gemeinden und Landkreise dabei unterstützen, Schulisches Mobilitätsmanagement auf regionaler Ebene anzustoßen oder erfolgreich fortzuführen. Maßnahmen des Schulischen Mobilitätsmanagement richten sich an Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern, um das Mobilitätsverhalten und damit den Schulweg sicherer, umweltfreundlicher, barrierefreier, gesünder und selbstständig bewältigbar zu gestalten.

Die Qualifizierung

Dafür hat eine Arbeitsgruppe des Bündnisses unter der Leitung der MOBILOTSIN, der Beratungseinheit der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen (LNVG) die „Qualifizierung Koordinatorinnen und Koordinatoren schulisches Mobilitätsmanagement“ entwickelt. Sie richtet sich an kommunale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es können ebenso Einzelpersonen wie Teams von zwei bis drei Personen, teilnehmen.

Die Kosten für die Qualifizierung werden von den Gemeinde Unfallversicherungsverbände in Niedersachsen (GUVH, GUV-OL und BS-GUV) übernommen. Die Organisation und Umsetzung liegen bei der GUVH und der MOBILOTSIN.

Darum geht es:

Es haben sich am 11. und 12. Juni 19 Personen in Hannover zu Koordinatorinnen und Koordinatoren kommunales schulisches Mobilitätsmanagement ausbilden lassen. Zwischenziel ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer später eigene, lokale „Bündnisse für Sichere und Nachhaltige Schulwege“ vor Ort aufbauen.

Mit vielen praktischen Übungen und Workshops haben die Teilnehmenden die Grundlagen des Schulischen Mobilitätsmanagements kennengelernt. Dazu unterstützen zwei externe Referenten das Seminar: Am ersten Tag hat Lutz Wöllert von der Identitätsstiftung die Teilnehmenden in das Thema Kommunikation und Change-Management



Janika Ducks
Mobilitätsmanagement
LNVG



Mario Jansen
Gemeinde-Unfall-
versicherungsverband
Hannover



eingeführt. Am zweiten Tag folgte ein praktisches Beispiel von Teike Scheepmaker aus dem Kreis Pinneberg, der den dortigen Prozess zum schulischen Mobilitätsmanagement vorgestellt hat. Anschließend erarbeiteten die Teilnehmenden ihre persönliche Akteurslandschaft und identifizierten ihre ersten Schritte zum Start des Prozesses – es ging also um die Frage, wer vor Ort mitarbeiten kann, damit Schulwege besser werden. Zum Beispiel können neben Schulen auch Verbände und Vereine wie der ADFC oder VCD miteinbezogen werden. Auch die lokale Polizei und Verkehrsunternehmen können wichtige Partnerinnen für die Schulwegsicherheit sein.

Wichtig ist vor allem, Ideen und Impulse für die Praxis zu geben, damit die Teilnehmenden in ihrer Kommune einen eigenen Prozess Schulisches Mobilitätsmanagement aufbauen, und langfristig weiterentwickeln können. Mit der Initiierung des lokalen „Bündnisses für Sichere und Nachhaltige Schulwege“ in der Kommune oder dem Landkreis gilt die Qualifizierung als erfolgreich abgeschlossen.

Patinnen und Paten

Erfahrene Patinnen und Paten aus dem Bündnis „Sichere und Nachhaltige Schulwege“ unterstützen die neu ausgebildeten Koordinatorinnen und Koordinatoren bei der konkreten Arbeit in den Kommunen. Die Paten verstehen sich als externe Vertrauenspersonen, die ein unabhängiges und reflektiertes Feedback zu Fragen der Umsetzung geben können. Sie helfen ebenfalls bei der Vernetzung zu weiteren Expertinnen und Experten oder relevanten Themen.

Ausblick

Im November schloss sich an das zweitägige Seminar ein Online-Austausch mit den Teilnehmenden an, in dem der vor Ort erzielte Fortschritt, zusätzliche Praxisbeispiele sowie gemeinsame Herausforderungen und offene Fragen diskutiert wurden.

Die nächste Qualifizierung findet am 10. und 11. Juni 2026 in Hannover statt. Die Anmeldung erfolgt über den Seminarbereich der GUVH: <https://app.seminarmanagercloud.de/389/kl/bp/D8PGmOHHjEYlYVvutB9X6w>

Wenn Sie über weitere Neuigkeiten zu der Qualifizierung sowie weiteren Mobilitätsangeboten rechtzeitig informiert werden wollen, abonnieren Sie unseren Newsletter. Sie finden die Anmeldung am Fuß der folgenden Homepage.

Weitere Infos zu der Qualifizierung: <https://www.mobilotsin-niedersachsen.de/qualifizierung/qualifizierung-schulisches-mobilitatsmanagement/>

aus dem verbandsleben

Arbeitskreis der Stadtkämmerer in Emden

Seine diesjährige Herbstsitzung hielt der Arbeitskreis der Stadtkämmerer in diesem Jahr am 9. Oktober in Emden ab. In der Sitzung ging es unter anderem um das Finanzierungsmodell der Green Bonds für umfangreiche Neubaulprojekte im Vergleich zum herkömmlichen Kommunalkredit. Zudem ging es um die aktuell anstehenden Investitionsförderungen über das Landesprogramm KIP 3 und die Mittel aus dem Bundessondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sowie die kommende EU-Förderperiode.

Viel Raum nahm der Austausch zur aktuellen Haushaltssituation ein, bei der nahezu allen beteiligten Kommunen perspektivisch die Erholungsperspektive fehlt, weil strukturelle Hilfestellungen, die die durch nicht ausfinanzierte Aufgabenübertragungen gerissene Lücke decken würden, nicht in Aussicht stehen.

Die Geschäftsstelle bedankt sich herzlich beim Ersten Stadtrat und Kämmerer der Stadt Emden, Horst Jahnke, für die Ausrichtung der Sitzung und dafür, dass er einen ersten Einblick dazu gewährt hat, was die Stadt – zu Wasser und zu Land – alles zu bieten hat.



Bürgermeisterkonferenz am 4. September 2025 in Holzminden

Zu ihrer Herbstsitzung traf sich die Bürgermeisterkonferenz der selbstständigen Städte und Gemeinden in diesem Jahr in Holzminden. Auf der Tagesordnung weit vorn standen erneut die Finanzthemen, aber das Thema Sicherheit.

Die Umsetzung der Mittel aus dem im Rahmen des Paktes für Kommunalinvestitionen vereinbarten Landesinvestitionsprogramms KIP 3 über das geplante Kommunalfördergesetz und die weitere Verteilung der Bundesmittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität spielten ebenso eine Rolle wie die geplante Änderung des horizontalen kommunalen Finanzausgleichs über das NFAG auf Basis der durchgeführten Evaluierung, die kommende EU-Förderperiode, die Umsetzung und Kostenfragen für die Einführung der landesfinanzierten Tablets an Schulen sowie die weitere Umsetzung der vereinbarten 250 Millionen Euro jährlich nebst Dynamisierung für die Betriebskosten im Kita-Bereich. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister betonten die weiter bestehende Notwendigkeit der strukturellen Stärkung der kommunalen Finanzen, insbesondere über eine Erhöhung des vertikalen kommunalen Finanzausgleichs.

Zudem spielten erneut die Sicherheit auf Festen und Veranstaltungen sowie die Reform des NPsychKG mit Blick auf psychisch kranke dauergefährliche Straftäterinnen und Straftäter eine Rolle.

Die Geschäftsstelle bedankt sich bei der Stadt Holzminden für die Ausrichtung der Sitzung und die Gestaltung des Vorabendprogramms.

267. Sitzung des Präsidiums am 22. September 2025 in Aurich

Am 22. September 2025 fand im Rahmen der 23. Städteversammlung des NST in Aurich die 267. Sitzung des Präsidium statt. Ein Schwerpunkt der Sitzung lag im Bereich Finanzen.

Das Präsidium befasste sich mit dem Erlass von Grundsteuer in Härtefällen. Es sprach sich in diesem Zusammenhang gegen Grundsteuererlasse durch die Kommunen aus. Ein Erlass müsse vielmehr durch die Finanzämter im Bewertungs- und Messbetragsverfahren erfolgen. Mit Blick auf die Überprüfung des kommunalen Finanzausgleichs forderte das Präsidium die Landesregierung auf, das Gutachten des LSN durch eine Änderung des NFAG kurzfristig umzusetzen.

Im Bereich Schule und Bildung sprach sich das Präsidium für eine zentrale Beschaffung von Tablets für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte durch das Land ab dem Schuljahr 2029/2030 aus. Bis dahin müssen auch die Schulträger Tablets beschaffen können. Die Beschaffung müsse im Schulgesetz als Landesaufgabe und die Systemadministration als kommunale Schutträgeraufgabe festgeschrieben werden.

Darüber hinaus richtete das Präsidium Forderungen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an die Landesregierung. Dabei ging es um eine Verlängerung der Antragsfrist in der Investitionsförderrichtlinie und Kritik am Entwurf des Ganztagschülerlasses im Hinblick auf die dort enthaltenen Vorgaben zum „gesunden Mittagessen“. Das Land wurde aufgefordert, das Thema Entbürokratisierung im KiTa-Bereich endlich anzugehen. Weiterhin forderte das Präsidium eine Änderung des Aufnahmegesetzes, eine Änderung des Wohnraumschutzgesetzes sowie eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes, um die in diesen Bereichen bestehenden Problemlagen zu entschärfen. Die Geschäftsstelle dankt der Stadt Aurich für ihre Gastfreundschaft, insbesondere im Zusammenhang mit der Ausrichtung der 23. Städteversammlung.



Sven Flechner (Bürgermeister Stadt Penzlin), Dr. Hans-Eckhard Dannenberg (Geschäftsführer Landschaftsverband Stade), Peter von Spreckelsen (Bürgermeister der Gemeinde Osterbruch und dienstältester Bürgermeister der Mitgliedgemeinden in der Samtgemeinde Land Hadeln), Jürgen Schwanemann (Utröper Otterndorf), Claus Johannßen (Bürgermeister Stadt Otterndorf), Thorsten Krüger (Landrat Landkreis Cuxhaven), Dr. Jan Arning (Hauptgeschäftsführer Nds. Städtetag), Frank Thielebeule (Samtgemeindebürgermeister Samtgemeinde Land Hadeln und Stadtdirektor Stadt Otterndorf)

625-Jahr-Feier der Stadt Otterndorf am 9. Oktober 2025

Anlässlich des 625-jährigen Stadtjubiläums der Stadt Otterndorf fand am 9. Oktober 2025 in den Seelandhallen in Otterndorf ein Festakt statt. Eingeladen hatte der Bürgermeister der Stadt Otterndorf Claus Johannßen, der die über 100 Gäste auch im Namen der Stadt begrüßte. Grußworte hielten der Landrat des Landkreises Cuxhaven, Thorsten Krüger, der Stadtdirektor der Stadt Otterndorf, Frank Thielebeule, der Sprecher der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in der Samtgemeinde Land Hadeln der Bürgermeister der Gemeinde Osterbruch, Peter von Spreckelsen, sowie, für die Partnerstadt Penzlin, deren Bürgermeister Sven Flechner. Für den Niedersächsischen Städtetag gratulierte Hauptgeschäftsführer Dr. Jan Arning zum 625. Geburtstag. Den Festvortrag hielt der Geschäftsführer des Landschaftsverbandes Stade, Dr. Hans-Eckhard Dannenberg. Anregend und informativ führte er die Gäste durch 625 Jahre Geschichte der Stadt Otterndorf. Der Festakt war Bestandteil einer Reihe von Veranstaltungen anlässlich des 625-jährigen Stadtjubiläums.

NEU

WhatsApp-Channel des NST



Städtetag stärkt mit WhatsApp-Kanal sein Informationsangebot

Der Niedersächsische Städtetag verstärkt sein Informationsangebot mit einem neuen WhatsApp-Kanal. Neue, kommunalrelevante Vorschriften, wichtige Entscheidungen, aktuelle Termine und Fotos sind künftig auch über diesen Kanal – abrufbar.

WhatsApp ist der meistgenutzte Messenger-Dienst in Deutschland. Mit dem neuen Kanal setzt der Niedersächsische Städtetag auf eine effektive und zeitgemäße Ergänzung zu bestehenden Kommunikationswegen.



So einfach geht es:

1. Link anklicken: <https://whatsapp.com/channel/0029VajUw1BLtOjIRNMzCV1B>
2. Alternativ: QR-Code scannen.
3. „Kanal folgen“ anklicken.
4. „Glocke“ aktivieren.
5. Automatisch wichtige Informationen erhalten.

Oberbürgermeisterkonferenz am 3. September 2025 in Wilhelmshaven

Am 3. September 2025 fand eine Oberbürgermeisterkonferenz in Wilhelmshaven statt. Zu Gast war der Niedersächsische Ministerpräsident, Olaf Lies. Die Mitglieder der Oberbürgermeisterkonferenz diskutierten mit dem Ministerpräsidenten folgende Themen: Einschätzung des Ministerpräsidenten zur aktuellen Bundespolitik und zur Haushaltslage des Bundes, wirtschaftliche Lage insbesondere im Hinblick auf die Transformation in der Industrie, Situation des Landeshaushalts und Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen, digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 7 sowie für Lehrkräfte, Entbürokratisierung – insbesondere im Vergaberecht sowie Umgang mit Problemimmobilien. Außerhalb dieses interessanten und konstruktiven Gesprächs und ohne Präsenz des Ministerpräsidenten beschäftigte sich die Oberbürgermeisterkonferenz mit kommunalen Altlastflächen, der EU-Förderung in Niedersachsen, dem niedersächsischen Kommunalfördergesetz sowie Feuerwerksverboten in Innenstädten. Am Vorabend hatten die Mitglieder der Oberbürgermeisterkonferenz die Möglichkeit, das Deutsche Marinemuseum in Wilhelmshaven zu besichtigen. Die Geschäftsstelle dankt der Stadt Wilhelmshaven für ihr Gastfreundschaft.



Von links: Dr. Jan Arning, NST; Jürgen Krogmann, Oldenburg; Tim Kruithoff, Emden; Petra Broistedt, Göttingen; Petra Gerlach, Delmenhorst; Claudia Kalisch, Lüneburg; Uwe Santjer, Cuxhaven; Carsten Feist, Wilhelmshaven; Dr. Thorsten Kornblum, Braunschweig; Olaf Lies, Ministerpräsident; Dieter Krone, Lingen; Ingo Meyer, Hildesheim; Claudio Griese, Hameln; Katharina Pötter, Osnabrück; Frank Klingebiel, Salzgitter.

268. Sitzung des Präsidiums am 13. November 2025 in Vechta

In seiner Jahresabschlusssitzung 2025 traf sich das Präsidium in diesem Jahr in Vechta. Als Gast durfte die Runde Staatssekretärin Anke Pörksen zum Thema Digitalisierung begrüßen. Bei dem Gespräch wurde deutlich, dass Land und Kommunen die anstehenden Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen können. Viele Städte sind hier schon vorangegangen und haben mit eigenen Ressourcen eigene Lösungen entwickelt, die funktionieren und hinter die kein Rückschritt gemacht werden sollte, auch dieser Umstand muss auf dem weiteren gemeinsamen Weg berücksichtigt werden.

Weitere Schwerpunkte der Sitzung bildeten die interkommunale Mittelverteilung aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes, die Themen Kommunalfinanzen und Sozialstaatsreform, die nächste in Aussicht gestellte NBauO-Novelle, der schulische Ganzttag, der Defizitausgleich beim Deutschlandticket sowie die Pläne zur Umsetzung der landesseitig geplanten Ausstattung der Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte mit digitalen Endgeräten. Das Präsidium unterstrich hier seine Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung der Aufgabenteilung zwischen Land und Kommunen.

Zusätzlich zur Reform des NPsychKG, in deren Rahmen noch weitere Schritte zu machen sind, insb. was den Datenaustausch im Rahmen der Gefahrenabwehr ausmacht, erwarten die Kommunen weiterhin eine Gesamtstrategie der Landesregierung im Umgang mit psychisch auffälligen Mehrfachtätern.

Die Geschäftsstelle bedankt sich bei der Stadt Vechta für die Ausrichtung der Sitzung und des Vorabendprogramms.



FOTO: FISCHER